



S E M I N A R A R B E I T

DIE BEWAFFNETEN ORGANE DER DDR

S V E N J A W I N D I S C H

Albertus-Gymnasium Lauingen

Oberstufenjahrgang 2020-22 Abiturjahrgang 2022

Seminararbeit W-Seminar

Leitfach: **Sozialkunde**

Thema: **Konflikt- und Friedensforschung**
Die bewaffneten Organe der DDR

(Länge: max. 3 Zeilen mit je max. 44 Zeichen / Zeilenumbruch beachten)

Verfasser/in: **Svenja Windisch**

Kursleiter/in: **Alexander Förg**

Abgabetermin für
Schüler: **Dienstag, 09.11.2021**

Erzielte Punktzahl
schriftlich:

Erzielte Punktzahl
mündlich:

Detaillierte Wortbeurteilung ggf. siehe Anlage

Unterschrift
Kursleiter/in:

Inhaltsverzeichnis

1 Einleitung	3
2 Machtsicherung der SED	
2.1 Ideologie.....	6
2.2 Mittel zur Machtsicherung.....	8
3 Innere Verteidigung	
3.1 Die Deutsche Volkspolizei (DVP).....	10
3.2 Die Bereitschaftspolizei.....	13
3.3 Die Transportpolizei.....	16
3.4 Die Kampfgruppen der Arbeiterklasse.....	18
3.5 Zivilverteidigung.....	20
4 Innere und äußere Sicherheit - Das Ministerium für Staatssicherheit	22
5 Äußere Verteidigung und äußere Sicherheit	
5.1 Die Nationale Volksarmee (NVA).....	25
5.2 Grenzpolizei und Grenztruppen.....	34
5.3 Situation an der (bayerischen) Grenze.....	38
6 Wehrerziehung und Einfluss auf die Gesellschaft	
6.1 Die Gesellschaft für Sport und Technik (GST).....	41
6.2 Die Freie Deutsche Jugend (FDJ) und die Pionierorganisation.....	45
7 Interview	47
8 Nach der Wende:	57
Auswirkungen und Nachwirkungen bis in die Gegenwart	
9 Fazit	60
Literaturverzeichnis	62
Abbildungsverzeichnis	65
Anhang	67
Eidesstattliche Erklärung	68

1 Einleitung

Wir sind ein Land, ein Volk und eine Gemeinschaft. Heute für viele deutsche Bürgerinnen und Bürger völlig selbstverständlich, doch das war nicht immer so. Von 1949 bis 1990 war Deutschland in zwei Staaten geteilt, die sich vor allem politisch und gesellschaftlich komplett voneinander unterschieden. Bis ins Jahr 1972 erkannte keiner von ihnen den anderen als einen souveränen Staat an, und die Deutsche Demokratische Republik (DDR), sowie die Bundesrepublik Deutschland, hatten ein eigenständiges Militär und verfolgten zwei verschiedenartige politische Grundeinstellungen. In der Bundesrepublik herrschte der Kapitalismus mit sozialer Komponente, auf der anderen Seite der Grenze der Sozialismus. Argwöhnisch wurden immer wieder Blicke auf „die andere Seite“ geworfen, man sprach von „denen da drüben“. Doch waren das nicht alles Deutsche? Die Teilung des Landes hatte tiefe Spuren hinterlassen und auch nachdem es am 3. Oktober 1990 offiziell zur staatlichen Wiedervereinigung gekommen war, kam nach der großen Euphorie die Skepsis. Würde dieses Volk eines Tages wieder jede Bürgerin und jeden Bürger als Deutsche oder Deutschen ansehen können, ohne dass sich in den Köpfen sofort die Einteilung in Ost und West festsetzen würde? Zu unterschiedlich war das Leben der Menschen vier Jahrzehnte lang gewesen, um plötzlich wieder als ein Volk denken zu können. Vor allem in der DDR hatte die führende Parteispitze dafür gesorgt, dass die Menschen nahezu vollständig für den Staat ihren Einsatz erbringen sollten. Eine bedeutsame Rolle spielten vor allem die bewaffneten Organe, die Jugendziehung und die Vermittlung eines Gemeinschaftsgefühls. Das Militär war in der DDR omnipräsent und selbst im Kindergarten wurde jungen DDR-Bürgerinnen und -Bürgern die sozialistischen Grundwerte wie Solidarität, Gleichheit und Gerechtigkeit mit auf den Weg gegeben. Der Eintritt in die Nationale Volksarmee (NVA) war mehr oder weniger Pflicht und auch im Leben eines Erwachsenen war es gerne gesehen, wenn sich dieser in irgendeiner Form am System beteiligt hat, sei es in der NVA, bei der Volkspolizei, in der Sozialistischen Einheitspartei (SED) selbst oder beim Ministerium für Staatssicherheit. Die SED nutzte die bewaffneten Organe als Mittel für ihre eigene Machtsicherung und vor allem als Instrument, um das Volk an sich zu binden. Doch trotz dieser militärischen Unterstützung schaffte die Regierung es nicht, den Staat aufrechtzuerhalten. Vier Jahrzehnte Militär und Staat als Einheit wichen einer friedlichen, unbewaffneten Revolution. Im Nachhinein werden viele Fragen gestellt:

War die Nationale Volksarmee tatsächlich eine Armee *für* das Volk? Wie haben die bewaffneten Organe durch Paraden, Veranstaltungen und speziellen Vorteilen, die einem zugesichert wurden, die Gesellschaft so maßgebend geprägt? Und wie sieht es eigentlich heute aus? Obwohl es nun seit über 30 Jahren ein vereintes Deutschland gibt und der DDR-Staat zerbrach, wird man die Erinnerung und die Sichtweise der Menschen nicht mehr oder nur zum Teil verändern können. Für viele Bürgerinnen und Bürger der ehemaligen DDR war die inoffizielle Pflicht, einem bewaffneten Organ beizutreten oder sich aktiv für die Gesellschaft und den Staat zu engagieren aber keineswegs etwas Schlimmes.

Für mich gab es schon immer einen persönlichen Bezug zur DDR-Geschichte, denn mein Vater kommt aus der ehemaligen DDR. Durch seine Berichte und Erzählungen konnte ich bereits einiges erfahren und nun möchte ich mich explizit mit diesem Thema beschäftigen. Außerdem wird ein mit meinen Großeltern und meinem Vater geführtes Interview die Seminararbeit ergänzen.

Wie zu fast jedem Thema haben sich bereits Autorinnen und Autoren, sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler Gedanken zu der Thematik „Die bewaffneten Organe der DDR“, beziehungsweise allgemein über die DDR-Geschichte gemacht und ihre Ergebnisse in Form von Fachliteratur festgehalten und verbreitet. Ab 1990, das heißt nach der Wende, wurden vermehrt Forschungen angestrengt, um über das Staatsregime der DDR etc. aufzuklären und vor allem, um in der Schule einen wichtigen Beitrag zur universalen Bildung zu leisten. Viele Historikerinnen und Historiker gehen dabei auf die SED, das Militär und den Staat im Allgemeinen ein. So wurde 2003 von den Herausgebern Rainer Eppelmann, Bernd Faulenbach und Ulrich Mählert im Auftrag der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur eine Bilanz der DDR-Forschung mit dem Titel „Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung“ veröffentlicht. In dieser Literatur tragen 55 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ihre Ergebnisse zusammen und ziehen Bilanz zu den bis ins Jahr 2003 errungenen Forschungserkenntnissen der DDR-Forschung. Somit wird ein grober Überblick gewährleistet und es werden nun andere Autorinnen und Autoren dazu veranlasst, weiterführende Werke zu publizieren. Weitere Publikationen lassen sich zudem auf seriösen Internetseiten, wie beispielsweise auf der der Bundeszentrale für politische Bildung, finden. Gründlich erforscht ist hier zum Beispiel das Thema „Stasi“. Unter dem Suchbegriff „Stasi“ findet man etwa 250 Treffer (Stand: 03.06.2021). Grundlage war hier oft die Einsicht in Stasi-Akten nach der Wende. Nützliche

Originalquellen, die im Bundesarchiv zu finden sind, stützen und erweitern den Forschungsstand und geben Auskunft über verzeichnete Fluchten, Protokolle etc. Auch über das Militär der DDR und ähnliche Organisationen gibt es zahlreiche Veröffentlichungen verschiedenster Autorinnen und Autoren. Ein Autor, der sich sehr genau mit dem Aspekt „Nationale Volksarmee (NVA)“ beschäftigt, ist der Historiker Rüdiger Wenzke. So publizierte er 2000 zusammen mit Klaus Froh im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes ein biografisches Handbuch über 377 Generale und Admirale der Nationalen Volksarmee. Zudem publizierte er zusammen mit Torsten Diedrich und Hans Ehlert im Auftrag des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes den Sammelband „Handbuch der bewaffneten Organe der DDR“ im Jahr 2004 (Originalausgabe erschien unter dem Titel *Im Dienste der Partei*, 1998). Dieses Buch gibt einen sehr genauen Überblick über die bewaffneten Organe der DDR, deren Aufgabe und Aufstellung und besteht dabei aus verschiedenen Beiträgen diverser namhafter Autoren, die den Forschungsstand bezüglich dieses Themengebietes wesentlich voranbringen.

Weitere Historikerinnen und Historiker – nicht nur aus Deutschland oder Europa – interessieren sich für die DDR-Geschichte und sammeln und veröffentlichen ihre Erkenntnisse, um den aktuellen Forschungsstand zu erweitern. Im Oktober 2015 auf der 39. Konferenz der German Studies Association (GSA) in Washington stellten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus verschiedenen Ländern und Universitäten fest, dass die DDR-Forschung noch lange nicht zu Ende ist. Neue Forschungsergebnisse wurden auf dieser Konferenz hinsichtlich des Platzes der DDR im 20. Jahrhundert, der DDR in transnationaler Perspektive und der Instabilität des SED-Regimes in den 1970ern und 1980ern kommuniziert.¹

Das Ziel wird sein, nun an den Forschungsstand anzuknüpfen und ihn durch Zeitzeugenberichte zu vervollständigen. Die Seminararbeit soll einen neuen Blickwinkel auf das komplexe Thema, die bewaffneten Organe, werfen und schwerpunktmäßig die NVA genauer unter die Lupe nehmen, und letztendlich die Frage beantworten, wie weit die Gesellschaft und das Denken der Menschen durch sie beeinflusst wurde.

¹ Vgl. Eisenhuth, Stefanie/Hochmuth, Hanno/Jaraus, Konrad H.: Alles andere als ausgeforscht. Aktuelle Erweiterungen der DDR-Forschung, in: bpb.de, 11.01.2016, <https://www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/deutschlandarchiv/218370/alles-andere-als-ausgeforscht-aktuelle-erweiterungen-der-ddr-forschung>, aufgerufen am: 04.06.2021

2 Machtsicherung der SED

2.1 Ideologie und Entstehung der SED

Nachdem Deutschland den Zweiten Weltkrieg verloren hatte, teilten die Siegermächte das vom Krieg am Abgrund stehende Land in vier Besatzungszonen, sowie in zwei Verwaltungsgebiete auf. Der mittlere Teil Deutschlands inklusive Ost-Berlin stand nun unter sowjetischer Besatzung und es wurde versucht, die Ideologie des Marxismus-Leninismus und das Staatsbild der Sowjetunion, den Kommunismus, auf die Besatzungszone auszuweiten. Noch bevor die „Sozialistische Einheitspartei Deutschlands“ (SED) im Jahre 1946 gegründet wurde, fand kurz nach Kriegsende bereits eine komplette wirtschaftliche Umgestaltung statt. Neben Verstaatlichungen gab es vor allem eine große Wirtschaftsreform, die bestimmte, dass das zukünftige Wirtschaftssystem die Planwirtschaft werden würde. Zudem gab es eine „kommunistische Bildungsreform“, die die Erneuerung des Schulsystems und der angestellten Lehrkräfte beinhaltete.² Hochschulen wurden als Ort der Ausbildung einer „neuen sozialen und politischen Elite“ gesehen.³ Im Jahr 1946 erfolgte nun also die Gründung der SED, die aus der Zwangsvereinigung der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) und der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) hervorging. Im Gründungsjahr hatte die SED bereits etwa 1,3 Millionen Parteimitglieder, wobei viele zuvor in der KPD oder in der SPD Mitglied waren.⁴ Da der Parteivorstand der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands fast vollständig die sowjetische Staatsdoktrin als Leitbild übernahm, wurden viele Mitglieder, vor allem aus der SPD, gezwungen, auszutreten, und oppositionell eingestellte Kommunisten wurden ausgeschlossen. In der Parteiführung wurde auch von einer „Säuberung von feindlichen und entarteten Elementen“ gesprochen.⁵ In den darauffolgenden Jahren wurden zwei weitere bürgerliche Parteien (Demokratische Bauernpartei Deutschlands (DBD) und die National-Demokratische Partei Deutschlands (NDPD)) neben der SED gegründet, doch diese dienten nur dazu, noch den letzten Rest der Bevölkerung zu gewinnen. Letztendlich unterstanden sämtliche staatliche Institutionen und das

² Vgl. Schroeder, Klaus: Kompaktwissen Geschichte. Die DDR: Geschichte und Strukturen (Reclams Universal-Bibliothek), 2., aktual. und ergänzte Auflage, Ditzingen 2019, S. 31

³ Vgl. ebd., S.32

⁴ Vgl. ebd., S. 23

⁵ Vgl. Mählert, Ulrich: Kleine Geschichte der DDR (Beck'sche Reihe), 4., überarbeitete Auflage, München 2004, S.44

Rechtswesen der SED. Nachdem im Jahre 1949 Konrad Adenauer zum ersten deutschen Bundeskanzler auf westdeutscher Seite gewählt wurde, fand auch die Gründung eines ostdeutschen Staates endlich Zuspruch in Moskau. Darauffolgend wurde die Deutsche Demokratische Republik am 7. Oktober 1949 gegründet, sowie eine erste Verfassung verabschiedet. Otto Grotewohl wurde Ministerpräsident, Wilhelm Pieck Präsident der DDR und eigentlicher Machthaber wurde als Generalsekretär des Zentralkomitees der SED Walter Ulbricht. Bis 1989 fanden jedes Jahr an diesem Tag Militärparaden statt (siehe Abb. 1). Mitte der 1980er Jahre weigerte sich die SED-Spitze, Reformen wie in der UdSSR durchzusetzen. Dies führte zur friedlichen Revolution 1989 und schließlich zur Wiedervereinigung 1990. Die ehemals so einflussreiche Partei der DDR verschwand mehr oder weniger in den nächsten Jahren. Im Dezember 1989 benannte sich die SED in Sozialistische Einheitspartei Deutschlands Partei des Demokratischen Sozialismus (SED-PDS) um.⁶ Im Jahre 2007 fusionierte die Partei PDS, die nach der Wiedervereinigung auf das Kürzel SED verzichtet hatte, gemeinsam mit der Wahlalternative für Arbeit und soziale Gerechtigkeit (WASG) zur Partei „Die Linke“.⁷ Parteichef wurde Oskar Lafontaine, Fraktionsvorsitzender wurde Gregor Gysi, der bisherige Parteivorsitzende.



Abb. 1: Militärparade zum 40. Jahrestag der DDR am 7. Oktober 1989

⁶ Vgl. Von der SED zur PDS: in: Bundesregierung, <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/von-der-sed-zur-pds-353960> (aufgerufen am 03.11.2021)

⁷ Vgl. Ost und West gemeinsam stark: Wie aus ostdeutscher PDS und westdeutscher WASG die Linkspartei entstand, in: MDR, 17.06.2021, <https://www.mdr.de/zeitreise/linkspartei-pds-wasg-vereinigung-die-linke-100.html> (aufgerufen am 03.11.2021)

2.2 Mittel zur Machtsicherung

Die SED regierte ungefähr 40 Jahre lang die DDR – einen Staat mit über 18 Millionen Menschen. Wie konnte diese Partei ihre Macht über so lange Zeit sichern und ihre beinahe unumstrittene Position einhalten? Die SED nutzte hierfür vielerlei Maßnahmen. Zu unterscheiden ist eine direkte und indirekte Machtsicherung. Als direkte Machtsicherung sind alle bewaffneten Organe der DDR anzusehen, sei es die Nationale Volksarmee, die Grenzpolizei oder auch das Ministerium für Staatssicherheit. Sie trugen durch klar organisierte und von der Parteispitze in Auftrag gegebene Aktionen den größten Teil zur Machtsicherung bei. So wurde die Zahl der Mitarbeitenden des MfS erhöht und an der Grenze galt neben dem Schießbefehl auch die Aufforderung an die Bevölkerung, Fluchtversuche zu unterbinden.⁸ Neben dieser bewaffneten Absicherung gab es auch indirekte Maßnahmen zur Festigung der Macht, die mindestens genauso effektiv waren, wie die direkte Sicherung. Als wichtige Stütze für ihre Macht sah die SED die eigene Bevölkerung an. Denn nur eine Bevölkerung, die sich dem Staat und der Staatsführung verschrieben fühlt, lehnt sich nicht gegen diese auf. Meistens fing die Erziehung durch den Staat schon im Kindergartenalter an und wurde durch den Unterricht an Schulen jedes Jahr verstärkt. Wichtig war aber hier, dass sich die junge Generation nicht gedrängt fühlte, sondern alles als etwas Positives wahrnahm. Um dieses Ziel zu erreichen, wurde versucht, durch Veranstaltungen der FDJ, wie zum Beispiel Ferienlager, der jungen Bevölkerung durch positive Erlebnisse das Gefühl zu geben, ein Teil dieses Staates zu sein. Im Unterricht waren sozialistische Inhalte immer gegeben und über Westdeutschland wurde nur wenig gesprochen, und wenn doch, dann nur in negativer Form. In Geographie sah man auf den Karten nur eine weiße Fläche hinter der Grenze, damit potentielle Fluchtwege nicht zu erkennen waren.⁹ Die Gesellschaft für Sport und Technik (GST) trug zur Machtsicherung bei, indem hier junge Menschen eine vormilitärische Ausbildung bekamen, um später möglicherweise wieder ein Teil der direkten Machtsicherung in der Armee oder in der Grenzpolizei zu sein. Doch auch in der Staatsspitze selbst wurde alles getan, um die Macht der SED zu schützen. Unter Erich Honecker wurden von

⁸ Vgl. Schroeder, Klaus: Kompaktwissen Geschichte. Die DDR: Geschichte und Strukturen (Reclams Universal-Bibliothek), 2., aktual. und ergänzte Auflage, Ditzingen, 2019 S. 106

⁹ Private Erzählungen des Vaters der Autorin, siehe Interview im Anhang, geführt am 12.08.2021

1971 bis 1975 etwa 75.000 Mitglieder aus der Partei ausgeschlossen.¹⁰ Zudem gab es tatsächlich eine offizielle Begründung aus dem Jahre 1957, weshalb es in der DDR keine Opposition geben dürfe. Behauptet wurde hier, dass es in einer funktionierenden Demokratie keine Opposition brauche, da es keinen Gegensatz zwischen der Politik der Regierung und den Interessen der gesamten Bevölkerung gäbe.¹¹ Schlussfolgernd kann also gesagt werden, dass die SED nicht nur durch das Militär oder Gewalt versuchte, ihre Stellung stabil zu halten, sondern auch zu prägenderen Maßnahmen bezüglich der Einstellung der Bevölkerung, die meistens bereits in jungen Jahren stattfanden, griff. Zudem gab es viele Belohnungen und Vergünstigungen für linientreues und arbeitsames Verhalten. Gleichzeitig gab es aber auch hohe Haftstrafen für oppositionelles Verhalten mit einer abschreckenden Wirkung.

¹⁰ Vgl. Schroeder, Klaus: Die DDR: Geschichte und Strukturen, a.a.O., S. 105f.

¹¹ Vgl. ebd., S. 173f.

3 Innere Verteidigung

3.1 Die Deutsche Volkspolizei (DVP)

Als Exekutivorgan des Staates und judikatives Hilfsorgan der Staatsanwaltschaften ist der Polizei auch heute noch eine bedeutende Rolle zugeschrieben. In der DDR war die „Deutsche Volkspolizei“ (DVP, Vopo) ein wesentlicher Teil der Machtsicherung der SED. Entstanden durch die provisorischen Polizeiformationen der sowjetischen Besatzungsbehörden im Frühsommer 1945, war die Polizei einer der ersten Bereiche, die gleich zu Beginn priorisiert wurden.¹² Die Formation der Ordnungspolizei zum Beispiel war bis zum Jahre 1948 den Landes- und Provinzialbehörden der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) unterstellt.¹³ In der 1946 gegründeten Deutschen Verwaltung des Innern (DVdI) wurden die Einheiten 1948 zentralisiert.¹⁴ Noch vor der offiziellen Gründung der DDR gab es also bereits polizeiähnliche Organisationen, die für Ordnung sorgen sollten. Die genaue Definition der Aufgaben der DVP, zu der auch Transportpolizei, Bereitschaftspolizei und Grenzpolizei gehörten, wurden offiziell im Gesetz über die Aufgaben und Befugnisse der Deutschen Volkspolizei vom 11. Juni 1968 festgelegt.¹⁵ Hier werden als zentrale Tätigkeiten, zum Beispiel die Kriminalbekämpfung und der Aufgabenbereich als Verkehrspolizei, aber auch die generelle Sicherung der Ordnung, beispielsweise bei Unruhen und Aufständen, genannt.¹⁶ Gerade durch den Volksaufstand im Jahre 1953 wurde der SED-Führung bewusst, dass es stärkere Kräfte zur Unterdrückung der Unruhen und Aufstände braucht. Nur so würde die Macht und Stellung der Partei weiterhin bestehen. Dadurch, dass die DVP dem Ministerium des Innern unterstand, wurde sie zentral vom Minister des Innern geleitet, der gleichzeitig Chef der Deutschen Volkspolizei war.¹⁷ Neben der zentralen Leitung und dem Präsidium in Ost-Berlin, war

¹² Vgl. Diedrich, Torsten/Ehlert, Hans/Wenzke, Rüdiger (Hrsg.): Handbuch der bewaffneten Organe der DDR., 2. Aufl., Augsburg 2004, S. 97

¹³ Vgl. Judt, Matthias (Hrsg.): DDR-Geschichte in Dokumenten, Beschlüsse – Berichte – interne Materialien und Alltagszeugnisse, Schriftenreihe Band 350, Lizenzausgabe Bundeszentrale für Politische Bildung, Bonn 1998, S. 440

¹⁴ Vgl. Judt (Hrsg.): DDR-Geschichte in Dokumenten, a.a.O., S. 440

¹⁵ Vgl. Diedrich/Ehlert/Wenzke (Hrsg.): Handbuch der bewaffneten Organe der DDR, a.a.O., S.97

¹⁶ Vgl. Judt (Hrsg.): DDR-Geschichte in Dokumenten, a.a.O., S. 466f.

¹⁷ Vgl. Bundesstiftung Aufarbeitung: Demokratisierung der Deutschen Volkspolizei, in: Deutsche Einheit 1990, 06.02.2019, <https://deutsche-einheit-1990.de/ministerien/ministerium-des-inneren/dvp/> (aufgerufen am 19.09.2021)

die DVP in 15 Bezirksbehörden, sowie nachgeordnete Volkspolizeiämter und Volkspolizeiinspektionen unterteilt. Zusätzlich gab es sogenannte „Abschnittsbevollmächtigte“ (ABV), die sich um Ordnungswidrigkeiten vor Ort, also beispielsweise in Wohngebieten, kümmerten.¹⁸ Die Polizei war in der Bevölkerung präsent und oftmals als Abschnittsbevollmächtigte der naheliegendste Weg, um kleinere Straftaten anzuzeigen, wie zum Beispiel Graffiti an Gebäuden. Um all diese Aufgabenfelder angehen und bewältigen zu können, brauchte es eine hohe Zahl von Angehörigen. Vor allem zu Beginn gab es jedoch das Ziel, den Anteil von Personen mit Westbeziehung möglichst gering zu halten, damit die innere Stabilität der Volkspolizei gewährleistet wurde.¹⁹ Im Jahr 1990 lag die Zahl der Beschäftigten bei 80.000, während es etwa 175.000 „freiwillige Helfer der Volkspolizei“ gab.²⁰ Dabei war der größere Anteil der Beschäftigten männlich, weshalb ab den 1960er Jahren versucht wurde, mehr Frauen in die DVP einzubringen. Tatsächlich wurde dieses Ziel zum Teil erreicht, da der Frauenanteil Ende der 1980er Jahre bei 20% lag, während er im Jahr 1964 nur 6% betrug.²¹ Nach der Wiedervereinigung wurden „West-Polizei“ und „Ost-Polizei“ zusammengeführt, viele Polizisten und Polizistinnen übernommen und konnten ihren Dienst weiter ausführen. Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die SED gleichzeitig zwar versuchte, die Deutsche Volkspolizei als Polizei des Volkes darzustellen, aber trotzdem oftmals ein Einsatz gegen das eigene Volk getätigt wurde. Als Beispiel wären hier die Demonstrationen 1989 zu nennen. Diese Einsätze, die oftmals mit Gewalt und Massenfestnahmen beendet wurden, riefen Widerstand in den Reihen der Volkspolizei hervor, da seit Beginn der Grundsatz „aus dem Volk und für das Volk“ galt. Am 9. Oktober 1989, dem entscheidenden Tag, waren Polizei und Staat davon ausgegangen, dass es zu gewalttätigen Protesten kommen würde, doch stattdessen fanden friedliche Demonstrationen statt. Die Volkspolizei war mit dieser Situation überfordert und tat nichts gegen die Demonstrierenden. Eine weitere mögliche Überlegung, wieso es zu keinem Blutbad gekommen war, könnte sein, dass sich sehr viele Polizisten und Polizistinnen mit den Demonstrierenden verbunden fühlten und vielleicht nun merkten, dass sie eigentlich auf der anderen Seite standen.

¹⁸ Vgl. Bundesstiftung Aufarbeitung: Demokratisierung der Deutschen Volkspolizei, in: Deutsche Einheit 1990, 06.02.2019, <https://deutsche-einheit-1990.de/ministerien/ministerium-des-inneren/dvp/> (aufgerufen am 19.09.2021)

¹⁹ Vgl. Diedrich/Ehlert/Wenzke (Hrsg.): Die bewaffneten Organe der DDR, a.a.O., S. 101

²⁰ Vgl. Schroeder, Klaus: Kompaktwissen Geschichte. Die DDR: Geschichte und Strukturen (Reclams Universal-Bibliothek), 2., aktual. und ergänzte Auflage 2019, S. 66f.

²¹ Vgl. Diedrich/Ehlert/Wenzke (Hrsg.): Die bewaffneten Organe der DDR, a.a.O., S. 133f.



Abb. 3: Volkspolizisten im Jahre 1989 in Berlin



Abb. 4: Fahrzeuge der DVP (u.a. rechts ein Streifenwagen)

3.2 Die Bereitschaftspolizei

Der Volksaufstand in der DDR im Jahr 1953 kam überraschend für die führende Regierungsspitze. Anlass war dieser Volksaufstand unter anderem dafür, dass „Innere Truppen“ entstanden sind. Als Ziel war ausgelegt worden, dass diese inneren Truppen schnell gegen Unruhen im Landesinneren vorgehen konnten. Eingesetzt wurden diese Kräfte auch bei Großereignissen.²² Es entwickelte sich die Bereitschaftspolizei, die ab 1969 als VP-Bereitschaft oder „Innere Truppe“ bezeichnet wurde.²³ Die Entwicklung der Bereitschaftspolizei kann in vier Phasen aufgeteilt werden. Die erste Phase, von 1955 bis 1957, war geprägt von Wachaufgaben und vor allem der schlechten Einsatzfähigkeit, einer veralteten Ausstattung und zu wenig Personal.²⁴ Ab 1957 erfolgte eine Umstrukturierung in eine einheitliche militärische Struktur, die bis 1962 andauerte. Zudem fokussierte sich der Aufgabenbereich nun mehr und mehr auf polizeiliche Ordnungs- und Sicherheitseinsätze und auch die Ausbildung wurde verbessert, um die Bereitschaftspolizei auch bei Kampfeinsätzen, wie beispielsweise bei der Beherrschung von konterrevolutionären Situationen, einsetzen zu können.²⁵ Dennoch waren die Bereitschaften durch die weiterhin mangelhafte Ausrüstung nur bedingt einsatzfähig. Die dritte Phase umfasste die Zeit von 1962 bis 1978. Sie zeichnete sich durch eine personelle Umstrukturierung aus, in der die besten Polizisten an die innerdeutsche Grenze nach Berlin zur Grenzsicherung geschickt wurden.²⁶ Die Prägung der Aufgabenbereiche war zudem verstärkt militärisch (z.B. die Territorialverteidigung) und die Ausbildung, sowie die Ausrüstung wurden ständig verbessert.²⁷ Ein wirksames Mittel gegen den andauernden Personalmangel war außerdem die 1962 eingeführte Wehrpflicht. Die letzte Phase begann im Jahre 1978 und endete mit der Wiedervereinigung im Jahre 1990.²⁸ Zwar kam es zu einer Verbesserung und Modernisierung von Technik und Waffen, doch die VP-

²² Vgl. Diedrich, Torsten/Ehlert, Hans/Wenzke, Rüdiger (Hrsg.): Handbuch der bewaffneten Organe der DDR., 2. Aufl., Augsburg 2004, S.69

²³ Vgl. Judt, Matthias (Hrsg.): DDR-Geschichte in Dokumenten, Beschlüsse – Berichte – interne Materialien und Alltagszeugnisse, Schriftenreihe Band 350, Lizenzausgabe Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1998, S. 441

²⁴ Vgl. Diedrich/Ehlert/Wenzke (Hrsg.): Handbuch der bewaffneten Organe der DDR., a.a.O., S.90f.

²⁵ Vgl. ebd., S. 90

²⁶ Vgl. ebd., S. 90

²⁷ Vgl. ebd., S. 91

²⁸ Vgl. ebd., S. 91

Bereitschaften entfernten sich immer mehr von ihrem eigentlichen Aufgabenfeld.²⁹ Zudem führten ein Ausbildungsdefizit und Personalmangel dazu, dass die Bereitschaftspolizei im Herbst 1989 nicht vollständig einsatzfähig war.³⁰ Durch die ständige Erweiterung und Verbesserung der Bewaffnung und Technik, verfügte die Bereitschaftspolizei über Schützenpanzerwagen, Feldgeschütze, Granatwerfer, schwere Maschinengewehre und Wasserwerfer.³¹ Die Ausbildung der Angehörigen erfolgte durch Programme des Ministeriums des Innern und durch die Nationale Volksarmee (NVA). Sehr deutlich sieht man hier also nun, dass durchaus ein Bezug zum wichtigsten bewaffneten Organ der DDR hergestellt worden war und die Bereitschaftspolizei durch das Ausbildungsprogramm der NVA etwas an die Armee angeglichen werden sollte. Dennoch nahm die Bereitschaftspolizei weiterhin eine polizeiliche Stellung ein. Die Bereitschaftspolizisten sollten vor allem den operativen Dienst der Deutschen Volkspolizei verstärken und die öffentliche Ordnung gewährleisten durch die Verdichtung des Streifendienstes oder der Unterstützung der Verkehrspolizei.³² Im entscheidenden Jahr 1989 waren die VP-Bereitschaften zum einen durch ihren mangelnden Personalbestand und Defizite in der Ausbildung beinahe machtlos gegenüber friedlichen Demonstranten. Die Bereitschaften, wie auch andere bewaffnete Organe, wie zum Beispiel die Hundertschaften der NVA, konnten nicht mehr die Unruhen im Landesinneren unterdrücken und konnten somit auch keinen Beitrag mehr zur Verhinderung des Verfalls der DDR beitragen. Im Jahre 1990 wurde die Bereitschaftspolizei aufgelöst und verschwand zusammen mit der DDR nach 37 Jahren Präsenz.

²⁹ Vgl. ebd., S. 91

³⁰ Vgl. ebd., S. 91

³¹ Vgl. Judt, Matthias (Hrsg.): DDR-Geschichte in Dokumenten, Beschlüsse – Berichte – interne Materialien und Alltagszeugnisse, Schriftenreihe Band 350, Lizenzausgabe Bundeszentrale für Politische Bildung, Bonn, 1998, S. 441

³² Vgl. Diedrich/Ehlert/Wenzke (Hrsg.): Handbuch der bewaffneten Organe der DDR, a.a.O., S. 87



Abb. 2: Hoheitsabzeichen der VP-Bereitschaften

3.3 Die Transportpolizei

Als Deutschland selbst und seine Infrastruktur nach Ende des Zweiten Weltkrieges zum Teil vollständig zerstört waren, prägten Plündereien und Überfälle den Alltag. Diese Plündereien und Überfälle fanden oftmals an Bahnstrecken oder Bahnhöfen statt. Doch nicht nur um dieses Problem zu lösen, sondern auch um das Schienennetz für eigene logistische Zwecke nutzen zu können, war die sowjetische Militärführung daran interessiert, die Bahnhöfe und Strecken wieder zu sichern. Auf Anordnung des Alliierten Kontrollrates vom 10. Mai 1946 geht hervor, dass spezielle Polizeieinheiten aufgestellt werden sollten, um den Bahnverkehr wieder sicherer zu machen.³³ Es entstanden 1946 Bahnpolizeiformationen, 1949 erfolgte die Bildung der Transportpolizei, die in die Deutsche Volkspolizei miteingegliedert wurde. Ab 1950 und bis zum Mauerbau im Jahre 1961 erweiterten sogenannte „Zugbegleitkommandos“ (ZBK) die Transportpolizei, die Fahrgäste in den Zügen in Gespräche verwickeln sollten oder mögliche Verstecke inspizieren sollten.³⁴ Zentrale Aufgaben der Transportpolizei (kurz Trapo) waren die Kontrolle von Zügen und Reisenden mit Schwerpunkt an der innerdeutschen Grenze, die Untersuchung von Straftaten, Unfällen und Störungen auf den Bahnstrecken, die Absicherung der Bahnhöfe bei Veranstaltungen und die Verhinderung und Aufdeckung von Republikfluchten.³⁵ Die Trapo unterstand ab dem 1. Januar 1953 dem Ministerium für Staatssicherheit (MfS), denn Züge galten als Mittel zum Menschenhandel und Fluchtmittel in die Bundesrepublik.³⁶ Ein weiterer wichtiger Punkt in der Geschichte der Transportpolizei stellte die Militarisierung des Polizeiapparates im Jahr 1953 nach dem Juni-Aufstand dar. Die Ausrüstung wurde infolgedessen erweitert und die Trapo verfügte ab diesem Zeitpunkt über Maschinengewehre.³⁷ Doch die Transportpolizei blieb nur kurze Zeit dem MfS unterstellt, im Jahre 1957 kam es zur Wiedereingliederung der Trapo in das Ministerium des Innern.³⁸ Außerdem erfolgte nun eine Angleichung an die örtlichen Polizeistrukturen. Durch diese Angleichung entstanden „Streckenbevollmächtigte“

³³ Vgl. Suckut, Siegfried: Transportpolizei in: Stasi-Unterlagen-Archiv, <https://www.stasi-unterlagen-archiv.de/mfs-lexikon/detail/transportpolizei/> (aufgerufen am 21.10.2021)

³⁴ Vgl. ebd.

³⁵ Vgl. ebd.

³⁶ Vgl. Diedrich, Torsten/Ehlert, Hans/Wenzke, Rüdiger (Hrsg.): Handbuch der bewaffneten Organe der DDR., 2. Aufl., Augsburg 2004, S. 543

³⁷ Vgl. Suckut, Siegfried: Transportpolizei: in: Stasi-Unterlagen-Archiv, <https://www.stasi-unterlagen-archiv.de/mfs-lexikon/detail/transportpolizei/> (aufgerufen am 21.10.2021)

³⁸ Vgl. Diedrich/Ehlert/Wenzke (Hrsg.): Handbuch der bewaffneten Organe der DDR, a.a.O., S. 544

(SBV), die jeweils für einen Streckenabschnitt zuständig waren.³⁹ Diese Streckenbevollmächtigte waren zu vergleichen mit den Abschnittsbevollmächtigten der Volkspolizei. Diese Abschnitte unterstanden im militärischen Ernstfall der Nationalen Volksarmee.⁴⁰ Doch die Transportpolizei war von Wandel, Umwandlung und Änderung geprägt. Über zehn Jahre später wurden diese Abschnitte zum 1. Januar 1970 aufgelöst, die Transportpolizeiamter wurden jetzt in den Bezirken gebildet.⁴¹ So wie den anderen bewaffneten Organen der DDR auch, kam der Transportpolizei die 1962 eingeführte Wehrpflicht bezogen auf den Personalbestand zugute. Im Jahr der Auflösung, welche offiziell am 30. September 1990 stattfand, bestand die Transportpolizei aus etwa 6.400 Mitarbeitern.⁴² Um diese Zahlen zu verdeutlichen, kann als Vergleich die Bundesrepublik Deutschland herangezogen werden. Hier dienten nämlich nur 2.700 Bahnpolizisten.⁴³ Schlussendlich kann zusammengefasst werden, dass die Transportpolizei durchaus wichtige Aufgaben inne hatte und ein bedeutendes Organ für die Stasi darstellte. Die Transportpolizisten befanden sich oftmals nahe an der „Quelle“ von Republikfluchten und repräsentierten sich als ein hilfreiches Mittel, diese potenziellen Fluchten frühzeitig aufzudecken.

³⁹ Vgl. ebd., S. 545

⁴⁰ Vgl. ebd., S. 547

⁴¹ Vgl. ebd., S. 549

⁴² Vgl. Suckut, Siegfried: Transportpolizei: in: Stasi-Unterlagen-Archiv, <https://www.stasi-unterlagen-archiv.de/mfs-lexikon/detail/transportpolizei/> (aufgerufen am 21.10.2021)

⁴³ Vgl. Diedrich/Ehlert/Wenzke, 2004, S. 548

3.4 Die Kampfgruppen der Arbeiterklasse

Als sozialistischer Staat nannte sich die DDR „Arbeiter- und Bauernstaat“. Die Arbeiterklasse stellte den wichtigsten und größten Bestandteil der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik dar. Das Ziel der Sozialisten war es, eine kommunistische, klassenlose Gesellschaft zu errichten. Als es im Juni 1953 zu einem Volksaufstand in der DDR kam, war dies der Auslöser zum Ausbau der bereits 1952 gebildeten Betriebskampfgruppen. Offiziell entstanden im September 1953 die Kampfgruppen (KG) der Arbeiterklasse als „bewaffnetes Organ der Arbeiterklasse“.⁴⁴ Die Kampfgruppen der Arbeiterklasse bestanden aus Kampfkräften (KK) und Sicherungskräften (SK). Es erfolgte eine weitere Aufteilung der KK in Bezirkskampfkräfte (BKK) und Kreiskampfkräfte (KKK).⁴⁵ Während die Aufgabe der 1952 entstandenen Betriebskampfgruppen war, Betriebe gegen „Feinde des Sozialismus“⁴⁶ zu schützen, wurde das Aufgabenfeld der Kampfgruppen nun erweitert. Wichtige, zentrale Aufgaben waren nun die Unterdrückung von Aufständen, der Schutz der Bevölkerung und der von wichtigen Gebäuden, Erledigung logistischer Angelegenheiten und die Sicherung der Operationsfähigkeit der Streitkräfte, wie beispielsweise der NVA.⁴⁷ Zusätzlich wirkten die Kampfgruppen der Arbeiterklasse beim Mauerbau in Berlin im Jahre 1961 mit, indem sie als Sicherungs- und Arbeitskolonnen am Bau beteiligt waren (siehe Abb. 5).⁴⁸ Einen Fortschritt erzielte die als paramilitärisch anzusehende Organisation erst in den 1970er Jahren, in denen neben der verbesserten Ausrüstung mit Granatwerfern oder schwerem Panzergeschütz auch die Ausbildung der Kommandeure, Gruppenführer und Stellvertreter ihrem Dienstgrad angemessen angepasst wurde.⁴⁹ Teil der Kampfgruppen der Arbeiterklasse waren häufig ältere Männer, oft auch Familienväter,

⁴⁴ Vgl. Judt, Matthias (Hrsg.): DDR - Geschichte in Dokumenten, Beschlüsse - Berichte - interne Materialien und Alltagszeugnisse, Schriftenreihe Band 350, Lizenzausgabe Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1998, S. 440

⁴⁵ Vgl. Diedrich, Torsten/Ehlert, Hans/Wenzke, Rüdiger (Hrsg.): Handbuch der bewaffneten Organe der DDR., 2. Aufl., Augsburg, 2004, S. 313

⁴⁶ DDR: „Kampfgruppen der Arbeiterklasse“ - Bilder & Fotos - WELT: in: DIE WELT, 13.07.2011, <https://www.welt.de/kultur/history/gallery13484544/Kampfgruppen-der-Arbeiterklasse.html> (aufgerufen am 18.10.2021)

⁴⁷ Vgl. Judt (Hrsg.): DDR-Geschichte in Dokumenten, a.a.O., S. 440

⁴⁸ Vgl. DDR: „Kampfgruppen der Arbeiterklasse“ - Bilder & Fotos - WELT: in: DIE WELT, 13.07.2011, <https://www.welt.de/kultur/history/gallery13484544/Kampfgruppen-der-Arbeiterklasse.html> (aufgerufen am 18.10.2021)

⁴⁹ Vgl. Diedrich/Ehlert/Wenzke (Hrsg.): Handbuch der bewaffneten Organe der DDR, a.a.O., S. 315

die kaum Kampferfahrung hatten.⁵⁰ Anders als in anderen bewaffneten Organen der DDR war die Mitgliedschaft hierbei freiwillig. Im Jahre 1980 umfassten die Kampfgruppen circa 78.500 Mann im motorisierten Bereich, etwa 106.500 Mann bildeten die Sicherungskräfte.⁵¹ Diese Kräfte waren direkt der Abteilung Sicherheit im Zentralkomitee der SED unterstellt, bekamen jedoch ihre operativen Aufgaben von der Bezirkseinsatzleitung, die aus dem ersten Sekretär der SED-Bezirksleitung, dem Leiter des Wehrbezirkskommandos der NVA und dem Chef der Bezirksbehörde der Volkspolizei bestand.⁵² Mit dem Mauerfall im Jahre 1989 und noch vor der offiziellen Wiedervereinigung im darauffolgenden Jahr (3. Oktober 1990), wurden auch die Kampfgruppen der Arbeiterklasse aufgelöst. Am 23. Mai 1990 wurde das offizielle Abschlussdokument, der „Bericht über die Beendigung der Tätigkeit der Kampfgruppen der Arbeiterklasse“, dem damals amtierenden Innenminister Peter-Michael Diestel vorgelegt.⁵³ Somit war das Ende der Kampfgruppen vollzogen.



Abb. 5: Die Kampfgruppen der Arbeiterklasse beim Mauerbau 1961 in Berlin

⁵⁰ Vgl. DDR: „Kampfgruppen der Arbeiterklasse“ - Bilder & Fotos - WELT: in: DIE WELT, 13.07.2011, <https://www.welt.de/kultur/history/gallery13484544/Kampfgruppen-der-Arbeiterklasse.html> (aufgerufen am 18.10.2021)

⁵¹ Vgl. Wikipedia-Autoren: Kampfgruppen der Arbeiterklasse, in: Wikipedia, 12.04.2004, https://de.wikipedia.org/wiki/Kampfgruppen_der_Arbeiterklasse (aufgerufen am 19.10.2021)

⁵² Vgl. Wikipedia-Autoren: Kampfgruppen der Arbeiterklasse, in: Wikipedia, 12.04.2004, https://de.wikipedia.org/wiki/Kampfgruppen_der_Arbeiterklasse (aufgerufen am 19.10.2021)

⁵³ Vgl. Diedrich/Ehlert/Wenzke (Hrsg.): Handbuch der bewaffneten Organe der DDR, a.a.O., S. 327

3.5 Die Zivilverteidigung

Entscheidend für die Entstehung der Zivilverteidigung (ZV) der DDR waren die neu gewonnenen Erkenntnisse aus den zwei Weltkriegen bezogen auf Katastrophenschutz und Schutz der Bevölkerung im Falle eines Krieges. Die Zivilverteidigung der DDR entstand durch das „Gesetz über die Zivilverteidigung“, das am 16. September 1970 in Kraft getreten ist.⁵⁴ Durch dieses Gesetz entstand die nun gegründete Zivilverteidigung aus dem Luftschutz, der bereits im Jahre 1958 durch das Gesetz über den Luftschutz in der DDR eingeführt wurde.⁵⁵ Nach Verabschiedung des Gesetzes erfolgte der Aufbau von Rettungs-, Bergungs-, Brandschutz- und Versorgungseinheiten, darunter auch weitere spezialisierte Einheiten, die sich um die Zivilbevölkerung im Kriegs- oder Katastrophenfall kümmern sollten. Somit war die Zivilverteidigung kein direkter Teil der militärischen Verteidigung. Die Aufgaben, die die ZV übernahm, waren breitschichtig ausgelegt. Zum einen stand im Mittelpunkt der Schutz der Bevölkerung vor Massenvernichtungsmitteln, wie beispielsweise Kernwaffen. Weitere zentrale Aufgaben stellten die Gewährleistung von Rettungs-, Bergungs- und Instandsetzungsarbeiten, sowie der Schutz der Volkswirtschaft und der lebensnotwendigen Produktion im Kriegsfall dar.⁵⁶ Um die Aufgabenfelder effizient erfüllen zu können, wurden territoriale Schwerpunkte gesetzt. Diese Schwerpunkte lagen oftmals in Industrie- und Bevölkerungsballungsgebieten.⁵⁷ Dass die ZV nicht nur für die Bevölkerung bereitstand, sondern sie auch bereits jungen DDR-Bürgerinnen und -Bürgern nähergebracht wurde, zeigte sich im Wehrunterricht, der im Jahre 1979 für die Klassen neun und zehn eingeführt wurde.⁵⁸ Hierbei wurden den Schülerinnen und Schülern Inhalte aus der Zivilverteidigung und wichtige Kenntnisse vermittelt. Ein weiterer Vorteil für den Personalbestand der ZV war die seit den 1970er Jahren geltende Pflicht, dass alle im Berufsleben oder in der Ausbildung stehende Personen, darunter auch Frauen, eine ZV-Ausbildung absolvieren mussten.⁵⁹ Ende 1989 belief sich die Zahl der Einsatzkräfte, beziehungsweise ehrenamtlichen Helferinnen und

⁵⁴ Vgl. Diedrich, Torsten/Ehlert, Hans/Wenzke, Rüdiger (Hrsg.): Handbuch der bewaffneten Organe der DDR., 2. Aufl., Augsburg 2004, S. 561

⁵⁵ Vgl. ebd., S. 574

⁵⁶ Vgl. ebd., S. 564

⁵⁷ Vgl. ebd., S. 564

⁵⁸ Vgl. ebd., S. 569

⁵⁹ Vgl. ebd., S. 569

Helfer auf 490.000 Frauen und Männer.⁶⁰ Für die Ausbildung standen sogenannte Kreisbildungsstützpunkte und Bezirksschulen zur Verfügung.⁶¹ Dass jedoch auch bei dieser Organisation der Staat und die Regierung ihren Einfluss nahmen, lässt sich daran erkennen, dass ab dem 1. Juni 1976 die ZV, nachdem sie die Jahre zuvor dem Innenministerium zugeordnet war, dem Minister für Nationale Verteidigung unterstellt wurde.⁶² Noch im Frühjahr 1990 entstand aus der ZV der Zivilschutz, der ausschließlich für den Schutz der Bevölkerung vor Naturkatastrophen und technischen Katastrophen zuständig sein würde.⁶³ Die Zivilverteidigung bestand offiziell bis zum 30. Juni 1990, als an diesem Tag die vollständige Auflösung des Zivilschutzes beschlossen wurde.⁶⁴



Abb. 6: Bestenabzeichen Zivilverteidigung

⁶⁰ Vgl. ebd., S. 573

⁶¹ Vgl. ebd., S. 570

⁶² Vgl. ebd., S. 574

⁶³ Vgl. ebd., S. 573

⁶⁴ Vgl. ebd., S. 573

4 Innere und äußere Sicherheit– Das Ministerium für Staatssicherheit

Das Ministerium für Staatssicherheit (MfS), besser bekannt als die „Stasi“ und ursprünglich bezeichnet als Staatssicherheitsdienst (SSD), wurde offiziell am 8. Februar 1950 unter der Anleitung des sowjetischen Geheimdienstes in der DDR gegründet. Als „Schild und Schwert der Partei“⁶⁵ (siehe auch Abb. 7) galt das Ministerium für Staatssicherheit als wichtigste innenpolitische Stütze zur Machtsicherung der SED. Hatte das MfS im Jahre 1957 etwa 14.000 hauptamtliche Mitarbeiter, so waren es im Jahre 1989 über 91.000 Mitarbeiter.⁶⁶ Diese hauptamtlichen Mitarbeiter bildeten in der Stasi die Basis und waren oft auch Mitglied im Militär. Zusätzlich war eine SED-Mitgliedschaft verpflichtend. Neben hauptamtlichen Mitarbeitern hatte die Stasi zahlreiche inoffizielle Mitarbeiter (IM), die völlig normale Berufe ausübten und am Arbeitsplatz ihre Kollegen bespitzelten. In der Schule waren oftmals Lehrer Mitglied im MfS und kamen so über die Kinder und Jugendlichen an Informationen heran. Laut dem Bundesarchiv für Stasi-Unterlagen arbeiteten zuletzt im Herbst 1989 circa 180.000 Menschen inoffiziell für das Ministerium für Staatssicherheit.⁶⁷ Ab 1957 und bis zum Mauerfall war Erich Mielke Minister für Staatssicherheit und gab Befehle, unter dem Auftrag von Erich Honecker für innere und äußere Sicherheit zu sorgen, an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stasi weiter. Die Aufgaben des MfS waren zum einen das Aufspüren und Verfolgen von Handlungen und Bestrebungen, die sich gegen das sozialistische Staatsverständnis der DDR richteten. Zum anderen war die Stasi auch innenpolitische Geheimpolizei, Ermittlungsbehörde und Auslandsnachrichtendienst.⁶⁸ Menschen, die auffielen, indem sie sich in irgendeiner Form gegen die Staatsform, beziehungsweise gegen das Staatsverständnis der DDR, richteten, wurden bespitzelt und nötigenfalls in Stasi-eigene Untersuchungshaftanstalten gebracht. Das Ministerium besaß offiziell 17 solcher Untersuchungshaftanstalten, die zentrale und bekannteste befand sich in

⁶⁵ Diedrich, Torsten/Ehlert, Hans/Wenzke, Rüdiger (Hrsg.): Handbuch der bewaffneten Organe der DDR., 2. Aufl., Augsburg 2004, S. 371

⁶⁶ Vgl. Judt, Matthias (Hrsg.): DDR - Geschichte in Dokumenten, Beschlüsse - Berichte - interne Materialien und Alltagszeugnisse, Schriftenreihe Band 350, Lizenzausgabe Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1998, S. 439

⁶⁷ Vgl. Bundesarchiv: Was war die Stasi?, in: Stasi-Unterlagen-Archiv, <https://www.stasi-unterlagen-archiv.de/informationen-zur-stasi/themen/was-war-die-stasi/> (aufgerufen am 08.09.2021)

⁶⁸ Vgl. Diedrich/Ehlert/Wenzke (Hrsg.): Handbuch der bewaffneten Organe der DDR, a.a.O., S. 371

Berlin-Hohenschönhausen.⁶⁹ Rechtlich festgelegt war dies im sogenannten Statut des MfS, das am 30. Juli 1969 verabschiedet wurde. Hierin befand sich die genaue Erklärung gegen was die Stasi vorgehen musste. So wurde festgehalten, dass es Pflicht war, „Partei- und Staatsorgane rechtzeitig [...] über feindliche Pläne [...] zu informieren“.⁷⁰ Um diese Ziele umsetzen zu können, musste die Stasi in das private Umfeld der Bürgerinnen und Bürger eindringen – und zwar tagtäglich. Effektive Maßnahmen hierfür waren eine ständige Überwachung über das Telefon, das Bespitzeln von Kolleginnen und Kollegen am Arbeitsplatz und das geschickte Ausfragen von Kindern in den Schulen. Gerne wurde dabei von Lehrerinnen und Lehrern die Frage an eine Schülerin oder an einen Schüler gestellt, wie denn die Einstellung der Eltern zu einem gewissen Thema wäre. Doch nicht alle Stasi-Mitarbeiterinnen und Stasi-Mitarbeiter taten das alles gerne. In einem Erfahrungsbericht sprechen ehemalige inoffizielle Mitarbeiter davon, dass sie ein schlechtes Gewissen gehabt hätten, durch ihre Beobachtungen und Erkenntnisse Menschen in Schwierigkeiten gebracht zu haben. Zudem betonten sie, dass es für sie schlimm gewesen wäre, von der Familie, Freunden oder Bekannten als Spitzel angesehen zu werden.⁷¹ Viele inoffizielle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurden erpresst und taten ihre Beobachtungen und Ähnliches nur, um zum Beispiel weiterhin ihren Beruf ausüben zu können. Dabei wurden oft die Schwachstellen eines Menschen analysiert und als Mittel zur Erpressung genommen. Diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nahmen dabei in Kauf, ihre nächsten Kolleginnen und Kollegen während der Arbeit auszuspionieren, um beispielsweise aufgrund einer Alkoholsucht nicht ihren beruflichen Arbeitsplatz zu verlieren.⁷² Damit die Mitarbeiter der Staatssicherheit ihre Befehle und Aufgaben durchführen konnten, mussten sie mit einer speziellen Ausrüstung ausgestattet werden. Dazu gehörten zum Beispiel Wanzen, Kameras, unsichtbare Tinte oder Heißluftgebläse für die Postkontrolle zum Öffnen von Briefen.⁷³ Um möglichst viele Bereiche abdecken und kontrollieren zu können, war das Ministerium für Staatssicherheit feingliedrig unterteilt. So gab es unter anderem die

⁶⁹ Vgl. Wikipedia-Autoren: Ministerium für Staatssicherheit, in: Wikipedia, 06.01.2003, https://de.wikipedia.org/wiki/Ministerium_f%C3%BCr_Staatssicherheit#Gef%C3%A4ngnisse (aufgerufen am 08.09.2021)

⁷⁰ Vgl. Judt (Hrsg.): DDR-Geschichte in Dokumenten, a.a.O., S. 468

⁷¹ Vgl. ebd., S. 476

⁷² Private Erzählungen, siehe Interview im Anhang, geführt am 12.08.2021

⁷³ Vgl. Wikipedia-Autoren: Ministerium für Staatssicherheit, in: Wikipedia, 06.01.2003, https://de.wikipedia.org/wiki/Ministerium_f%C3%BCr_Staatssicherheit#Ausr%C3%BCstung (aufgerufen am 09.09.2021)

„Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG)“, die Hauptabteilung (HA) für Aufklärung, die Hauptabteilung für „Beobachtung/Ermittlung“ (HA VIII), die Hauptabteilung für „Passkontrolle, Tourismus und Interhotel“ (HA VI) und die Hauptabteilung für „Spionageabwehr“ (HA II).⁷⁴ Bis zum „Sturm auf die Stasi-Zentrale“ am 15. Januar 1990⁷⁵ drang das MfS jahrelang in das Privatleben ihrer Bürgerinnen und Bürger ein. Nachdem die Mauer gefallen war, wollten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Staatssicherheit sämtliche Akten und Unterlagen vernichten, doch die DDR-Bürgerinnen und -Bürger verhinderten diese Vernichtung. Heute sind die sichergestellten Bilder, Dokumente sowie Video- und Audiodateien im Stasi-Unterlagen-Archiv im Bundesarchiv einzusehen. Roland Jahn, der letzte Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen (2011 bis 2021) betonte: „Je besser wir die Diktatur begreifen, desto besser können wir die Demokratie gestalten.“⁷⁶ Mit Hilfe der aufbewahrten Archivbestände, die damals von mutigen Menschen vor der Vernichtung bewahrt worden waren, lässt sich auch heute besser verstehen, wie tief die Stasi in das alltägliche Leben der Menschen eingedrungen war.



Abb. 7: Emblem des MfS



Abb. 8: Luftbildaufnahme der Stasi-Zentrale in der Normannen-Straße in Ost-Berlin

⁷⁴ Vgl. Diedrich/Ehlert/Wenzke (Hrsg.): Handbuch der bewaffneten Organe der DDR, a.a.O., S. 396

⁷⁵ Vgl. Schöne, Jens: Stasi-Ende, in: bpb.de, 14.01.2020, <https://www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/deutschlandarchiv/303481/stasi-ende> (aufgerufen am 09.09.2021)

⁷⁶ Vgl. Über uns:, in: Stasi-Unterlagen-Archiv, <https://www.stasi-unterlagen-archiv.de/ueber-uns/> (aufgerufen am 09.09.2021)

5 Äußere Verteidigung und äußere Sicherheit

5.1 Die Nationale Volksarmee (NVA)

Als das bedeutendste bewaffnete Organ der DDR existierte die Nationale Volksarmee, kurz NVA, offiziell von 1956 bis 1990. Mit dem Gesetz über die Schaffung der NVA, sowie des Ministeriums für Nationale Verteidigung (MfNV) galt der 18. Januar 1956 als offizieller Gründungstag.⁷⁷ Als Grund für die Verabschiedung des Gesetzes wurde die „Erhöhung der Verteidigungsfähigkeit“⁷⁸ und die „Sicherung der DDR“⁷⁹ angegeben. Sehr deutlich wird auch hier die Stellung der DDR gegenüber Westdeutschland und gegenüber des westdeutschen Militärs. So wird die 1955 erfolgte „Wiedererrichtung des aggressiven Militarismus“⁸⁰ auf westdeutscher Seite als Bedrohung angesehen und somit nun die Schaffung einer „Nationalen Volksarmee“, die aus Land-, Luft- und Seestreitkräften besteht, vorangetrieben.⁸¹ Zusätzlich wurde das sogenannte „Ministerium für Nationale Verteidigung“ (MfNV) gegründet, das für die Organisation und Leitung der NVA zuständig sein würde.⁸² Maßgebende Grundlage zur Gründung der NVA und des MfNV war der Warschauer Pakt, der als Gegenstück zum NATO-Bündnis fungierte und von acht sozialistischen Staaten, darunter auch von der DDR, am 14. Mai 1955 unterzeichnet wurde.⁸³ In diesem Vertrag war so beispielsweise festgelegt, dass die Armee der DDR dem Oberbefehl des Warschauer Paktes unterstand und dadurch an sowjetische Weisungen gebunden war.⁸⁴ Doch bereits vor dem Abschluss des Warschauer Paktes kam es Ende der 1940er Jahre in der sowjetischen Besatzungszone zu einer geheimen Aufrüstung. Im Jahre 1952 entstand die sogenannte „Kasernierte Volkspolizei“ (KVP), die mit Panzern, Flugzeugen und Schiffen ausgestattet war und als Vorgängerin der NVA mit etwa 100.000 Mann den

⁷⁷ Vgl. Judt, Matthias (Hrsg.): DDR-Geschichte in Dokumenten: Beschlüsse, Berichte, interne Materialien und Alltagszeugnisse (Forschungen zur DDR-Gesellschaft), 1. Aufl., 1998, a.a.O., S. 450f.

⁷⁸ Ebd., S. 450

⁷⁹ Ebd., S. 450

⁸⁰ Ebd., S. 450

⁸¹ Vgl. ebd., S. 451

⁸² Vgl. ebd., S. 451

⁸³ Vgl. Wikipedia-Autoren: Warschauer Pakt, in: Wikipedia, 16.07.2003, https://de.wikipedia.org/wiki/Warschauer_Pakt (aufgerufen am 29.10.2021)

⁸⁴ Vgl. www.zeitklicks.de: 1955 Beitritt zum Warschauer Pakt | Zeitstrahl | Zeitklicks, in: zeitklicks.de, <https://www.zeitklicks.de/top-menu/zeitstrahl/navigation/topnav/jahr/1955/beitritt-zum-warschauer-pakt/> (aufgerufen am 29.10.2021)

Beginn des DDR-Militärs und seiner Armee darstellte.⁸⁵ Wenngleich diese als Polizei getarnte Armee längst inoffiziell ihren Dienst antrat, so war der offizielle Arbeitsbeginn der NVA der 1. März 1956, der später auch als „Tag der NVA“ jährlich mit Paraden zelebriert wurde.⁸⁶ Zu Beginn war eine Gesamtstärke von 120.000 Mann geplant, die durch mehrere Etappen aufgebaut werden sollte, doch die Gesamtstärke wurde im Juni 1956 auf 90.000 Mann herabgesetzt.⁸⁷ Bereits am Ende des gleichen Jahres bestand die NVA aus circa 85.000 Mann, wovon etwa 17.800 Offiziere waren und der Großteil zu den Landstreitkräften (LaSK) gehörte.⁸⁸ Der Sektor NVA als Landstreitkraft war als taktischer Verbandstyp unterteilt in eine motorisierte Schützendivision (MSD) und in eine Panzerdivision (PD). Diese Divisionen waren mit „Gefechtsfahrzeugen und Waffensystemen sowjetischer Bauart“⁸⁹ ausgerüstet, worunter man beispielsweise Maschinenpistolen, Maschinengewehre, Panzerabwehrkanonen oder Panzer verstehen kann. Neben den Landstreitkräften waren die Luftstreitkräfte (LSK) und die Luftverteidigung (LV) wesentlicher Bestandteil der Nationalen Volksarmee. Ausgerüstet war die Teilstreitkraft LSK/LV, deren Flugplätze vor allem nahe der polnischen Grenze lagen, mit Transport- und Kampfflugzeugen, die teilweise aus dem Depot der Vorgänger-Organisation KVP übernommen wurden.⁹⁰ Auch auf der See war die Nationale Volksarmee vertreten. Bereits vor 1956 existierten Seestreitkräfte als sogenannte „VP-See“, jedoch war die Ausstattung zu mangelhaft und unvollständig, um tatsächlich im Ernstfall aktiv zu werden und verteidigen zu können. Als Beispiele sind hier Minenräumkräfte und allgemeine Sicherungsfahrzeuge, die auf den eigenen DDR-Werften gebaut worden waren, zu nennen.⁹¹ Nach Verabschiedung des neuen Gesetzes wurde der Ausrüstungswert dieser Streitkräfte jedoch vergrößert, indem nun Küstenschutzschiffe (Fregatten) aus der Sowjetunion oder U-Bootjäger zum Bestand hinzugefügt wurden. Eigene U-Boote besaß die DDR-Marine jedoch nicht.⁹² In den darauffolgenden Jahren erfuhr die NVA immer wieder Modernisierungen und Erneuerungen. Neuere, modernere Waffen, neue Fahrzeuge und Boote, sowie Boden-

⁸⁵ Vgl. Wenzke, Rüdiger: NVA - Die Nationale Volksarmee der DDR, in: bpb.de, 31.03.2016, <https://www.bpb.de/politik/grundfragen/deutsche-verteidigungspolitik/223787/militaer-der-ddr> (aufgerufen am 29.10.2021)

⁸⁶ Vgl. Diedrich, Torsten/Ehlert, Hans/Wenzke, Rüdiger (Hrsg.): Handbuch der bewaffneten Organe der DDR., 2. Aufl., Augsburg 2004, S. 428

⁸⁷ Vgl. ebd., S. 428ff.

⁸⁸ Vgl. ebd., S. 430

⁸⁹ Ebd., S. 431

⁹⁰ Vgl. ebd., S. 431

⁹¹ Vgl. ebd., S.431

⁹² Vgl. ebd., S.431f.

Boden-Raketen vervollständigten das Depot der Land-, Luft- und Seestreitkräfte.⁹³ Anzumerken ist jedoch, dass die NVA nicht über atomare Sprengköpfe verfügte. In den 1980er Jahren war die NVA mit mehr als 2.500 Panzern, 300 Kampfflugzeugen und circa 100 Schiffen ausgestattet.⁹⁴ Der Höhepunkt dieser Modernisierung erfolgte in den 1970er Jahren, in denen die NVA durch moderne Bewaffnung, Kampf- und Einsatzbereitschaft der Soldaten und einem hohen militärischen Leistungsvermögen gekennzeichnet war.⁹⁵ Bedeutend für die Armee war zudem das Jahr 1962, in dem in der DDR die Wehrpflicht ein Jahr nach dem Mauerbau eingeführt wurde. Bevor der Wehrdienst ab 1962 verpflichtend für alle männlichen Bürger der DDR ab 18 Jahren war, so war der Dienst in der Armee zunächst eine freiwillige Angelegenheit. Dadurch, dass jetzt junge Männer eingezogen werden konnten, stand der Nationalen Volksarmee wieder mehr Personal zur Verfügung. Die Truppen bestanden nun aus sorgfältig ausgewählten Wehrpflichtigen, die während ihres Dienstes zu „sozialistischen Soldatenpersönlichkeiten“ ausgebildet werden sollten.⁹⁶ Die Wehrpflichtigen sollten Treue gegenüber der SED, aber auch den Hass auf den „Klassenfeind“ gelehrt bekommen.⁹⁷ Wer sich weigerte, seinen Wehrdienst bei der Armee abzuleisten, musste als sogenannter Bausoldat dienen und harte Arbeiten verrichten.⁹⁸ Die Wehrpflichtigen und angehenden Zeitsoldaten mussten eine harte Ausbildung absolvieren, mit der am Ende das Ziel im Zentrum stand, die Waffe perfekt beherrschen zu können. Der Schwerpunkt der Ausbildung lag deutlich auf dem militärischen Bereich, denn 90% dieser Ausbildung bestand unter anderem aus einer Schieß-, Fahr- und Schutzausbildung.⁹⁹ Doch auch während der Ausbildungszeit stellten 10% der Inhalte eine politische Schulung und gesellschaftswissenschaftliche

⁹³ Vgl. ebd., S. 445ff.

⁹⁴ Vgl. Wenzke, Rüdiger: NVA - Die Nationale Volksarmee der DDR, in: bpb.de, 31.03.2016, <https://www.bpb.de/politik/grundfragen/deutsche-verteidigungspolitik/223787/militaer-der-ddr> (aufgerufen am 29.10.2021)

⁹⁵ Vgl. Wenzke, Rüdiger: NVA - Die Nationale Volksarmee der DDR, in: bpb.de, 31.03.2016, <https://www.bpb.de/politik/grundfragen/deutsche-verteidigungspolitik/223787/militaer-der-ddr> (aufgerufen am 29.10.2021)

⁹⁶ Vgl. Wenzke, Rüdiger: NVA - Die Nationale Volksarmee der DDR, in: bpb.de, 31.03.2016, <https://www.bpb.de/politik/grundfragen/deutsche-verteidigungspolitik/223787/militaer-der-ddr> (aufgerufen am 29.10.2021)

⁹⁷ Vgl. Wenzke, Rüdiger: NVA - Die Nationale Volksarmee der DDR, in: bpb.de, 31.03.2016, <https://www.bpb.de/politik/grundfragen/deutsche-verteidigungspolitik/223787/militaer-der-ddr> (aufgerufen am 29.10.2021)

⁹⁸ Vgl. NVA: Von der Freiwilligen-Armee zur Gesamtstreitkraft, in: ndr.de, 01.03.2021, <https://www.ndr.de/geschichte/chronologie/NVA-Die-Geschichte-der-Nationalen-Volksarmee-in-der-DDR,nationalevolksarmee102.html> (aufgerufen am 30.10.2021)

⁹⁹ Vgl. König, Guntram (Hrsg.): NVA - Die roten Preußen?: Zeitzeugenberichte, 1. Aufl., Aachen 2010, S. 31f.

Weiterbildung (GWW), bestehend aus Themen des Marxismus-Leninismus und der SED-Politik, dar.¹⁰⁰ Aufgrund der Tatsache, dass durch die Vermittlung von SED-politischen Inhalten und der Förderung der Treue gegenüber der Regierung die Wehrpflichtigen zu systemtreuen Soldaten erzogen wurden, spielten Offiziere eine bedeutende Rolle und nahmen eine wichtige Stellung innerhalb der NVA ein. Der NVA-Offizier galt als „militärischer Führer und politischer Erzieher seiner Untergebenen im Sinne der SED“¹⁰¹. Zugleich herrschte in der NVA das Prinzip „Einzelleitung“, das heißt der Kommandeur stellt die Einheit von politischer und militärischer Truppenführung dar und ist somit „politischer Funktionär“.¹⁰² Doch nicht nur die „Einzelleitung“ oder die Inhalte der Ausbildung zeigen, dass die Partei in der NVA ihren Einfluss nahm. Ein weiterer Beleg hierfür wären die zahlreichen SED-Mitglieder, die als Offiziere, Kommandeure oder einfache Soldaten Teil der Armee waren. Lag der Anteil der SED-Mitglieder in der NVA im Jahre 1956 bei 79,5%, stieg er bis ins Jahr 1986 auf insgesamt 96,3% an.¹⁰³ Ebenso war die Hauptabteilung I des Ministeriums für Staatssicherheit ein Teil des Repressionsapparates in der NVA. Die ihr zugeschriebene Aufgabe war dabei die Verfolgung und Aufdeckung von politisch abweichendem Verhalten in den Streitkräften.¹⁰⁴ Durch diese Maßnahmen wurde versucht, die innere Sicherheit, Ordnung und Stabilität der Nationalen Volksarmee zu garantieren und aufrechtzuerhalten. Damit die Präsenz und Einsatzfähigkeit der NVA dauerhaft und jederzeit gewährleistet werden konnte, wurde eine permanente Anwesenheit von 85% des Personalbestandes festgelegt.¹⁰⁵ Dadurch entwickelte sich einerseits eine ständig hohe Gefechtsbereitschaft auf Seiten der NVA im Allgemeinen, andererseits auf der Seite der im Dienste stehenden Soldaten eine oftmals große Unzufriedenheit, kaum Urlaub nehmen zu dürfen und ständig bereit stehen zu müssen. Trotz allem kam die eingeführte Wehrpflicht der NVA zugute und sie umfasste Ende der 1980er Jahre etwa 180.000 grundwehrdienstleistende Soldaten sowie Zeit- und Berufssoldaten, wobei im Kriegsfall eine Stärke von circa 500.000 Mann vorgesehen

¹⁰⁰ Vgl. König, Guntram (Hrsg.): NVA - Die roten Preußen?, a.a.O., S. 31f.

¹⁰¹ Diedrich/Ehlert/Wenzke (Hrsg.): Handbuch der bewaffneten Organe der DDR, a.a.O., S. 480

¹⁰² Vgl. ebd., S. 439

¹⁰³ Vgl. ebd., S.454

¹⁰⁴ Vgl. Wenzke, Rüdiger: NVA - Die Nationale Volksarmee der DDR, in: bpb.de, 31.03.2016, <https://www.bpb.de/politik/grundfragen/deutsche-verteidigungspolitik/223787/militaer-der-ddr> (aufgerufen am 29.10.2021)

¹⁰⁵ Vgl. König (Hrsg.): NVA-Die roten Preußen?, a.a.O., S. 30

war.¹⁰⁶ Die große Zahl der Grundwehrdienstleistenden betrug etwa 1% der gesamten DDR-Bevölkerung (etwa 18 Millionen), was in Relation zur heutigen Situation (0,22% von 83 Millionen als Soldaten in der Bundeswehr) durchaus ein hoher Anteil war. Die DDR war deswegen einer der am höchsten militarisierten Staaten des Warschauer Paktes. Die NVA hatte als „Kernstück der Landesverteidigung der DDR“¹⁰⁷ die zentrale Aufgabe inne, sozialistische Errungenschaften gegen alle bewaffneten Angriffe von außen zu verteidigen und innerhalb der DDR den Machtanspruch der SED zu sichern.¹⁰⁸ Bis 1973 waren die Grenztruppen offizieller Bestandteil der NVA und einige NVA-Mitglieder dienten zum Teil auch an der (innerdeutschen) Grenze, um vor allem die Aufgabe des Schutzes der DDR vor äußeren Angriffen zu erfüllen. Zusätzlich sollte die NVA auch dafür eingesetzt werden, gegen Aufstände und Konterrevolutionen vorzugehen. Hierbei wurde der Einsatz der bewaffneten Organe je nach Grad, beziehungsweise „Etappe“, festgelegt, was sich in dem Dokument „Maßnahmen zur Unterdrückung der Konterrevolution“ vom 8. November 1956 herauslesen lässt.¹⁰⁹ Bereits bei Etappe zwei wird die NVA hinzugezogen, ihr unterstehen außerdem alle Kräfte der ersten Etappe, wie zum Beispiel die Volkspolizei.¹¹⁰

Bei allen Anweisungen, die die Nationale Volksarmee ausführen musste, stand der Kernsatz der sozialistischen Militärdoktrin im Mittelpunkt. Dieser Grundsatz lautete: „Der Gegner wird auf seinem eigenen Territorium vernichtet.“¹¹¹ Die Kräfte der NVA waren also dazu angewiesen worden, ihren Feind auf dessen eigenen Territorium und nicht auf DDR-Territorium zu vernichten.

Wie jedes andere bewaffnete Organ war auch die Armee in der Gesellschaft fest verankert. Zahlreiche Veranstaltungen, die von der NVA und der SED durchgeführt wurden, beeindruckten die Bevölkerung in weiten Teilen. Als Pflicht zählte für jedes Mitglied der NVA zum Beispiel die Teilnahme an Paraden, Vereidigungen oder ab und

¹⁰⁶ Vgl. Wenzke, Rüdiger: NVA - Die Nationale Volksarmee der DDR, in: bpb.de, 31.03.2016, <https://www.bpb.de/politik/grundfragen/deutsche-verteidigungspolitik/223787/militaer-der-ddr> (aufgerufen am 29.10.2021)

¹⁰⁷ Diedrich/Ehlert/Wenzke (Hrsg.): Handbuch der bewaffneten Organe der DDR, a.a.O., S. 423

¹⁰⁸ Vgl. Wenzke, Rüdiger: NVA - Die Nationale Volksarmee der DDR, in: bpb.de, 31.03.2016, <https://www.bpb.de/politik/grundfragen/deutsche-verteidigungspolitik/223787/militaer-der-ddr> (aufgerufen am 29.10.2021)

¹⁰⁹ Vgl. Judt (Hrsg.): DDR-Geschichte in Dokumenten, a.a.O., S. 451ff.

¹¹⁰ Vgl. ebd., S. 452

¹¹¹ NVA: Von der Freiwilligen-Armee zur Gesamtstreitkraft, in: ndr.de, 01.03.2021, <https://www.ndr.de/geschichte/chronologie/NVA-Die-Geschichte-der-Nationalen-Volksarmee-in-der-DDR,nationalevolksarmee102.html> (aufgerufen am 30.10.2021)

an auch der Empfang ausländischer Staatsoberhäupter.¹¹² Die Militärpräsenz in der Gesellschaft wurde vor allem durch Paraden an wichtigen Feiertagen gestärkt. Jedes Jahr fanden so zum Beispiel Paraden am Tag der NVA (1. März), am Tag der DDR (7. Oktober) oder am Tag der Arbeit, dem 1. Mai, statt. Einerseits waren diese Militärparaden Tradition, andererseits waren öffentliche, militärische Zeremonien ein Instrument der SED-Militärpolitik.¹¹³ Doch die Nationale Volksarmee war nicht nur durch Paraden oder Veranstaltungen ein Teil der Gesellschaft geworden, sie besaß auch eigene Kulturensembles, Sportzentren, Wohnungen, Ferienheime und vieles mehr.¹¹⁴ Somit war das Militär präsent im alltäglichen Leben der Bevölkerung und man versuchte durch Informationsveranstaltungen, Tag der offenen Tür der NVA oder dem in der Schule stattfindenden Wehrunterricht vor allem auch jüngeren DDR-Bürgerinnen und -Bürgern die militärischen Aspekte und die Nationale Volksarmee näher zu bringen, die Jugend zu überzeugen und letztendlich neue Mitglieder zu gewinnen. Während die NVA sehr stark im eigenen Land vertreten war und mehr oder weniger zum Alltag der Bevölkerung gehörte, war die Armee der DDR ebenfalls international beteiligt. Der Schwerpunkt lag dabei aber auf den Bruderstaaten des Warschauer Paktes wie zum Beispiel die Tschechoslowakei, Ungarn oder Polen. So war die NVA an der Niederschlagung des Prager Frühlings im Jahre 1968 in ganz geringem Maße beteiligt oder es kam zu einer erhöhten Gefechtsbereitschaft während der Kuba-Krise 1962 oder während der Konterrevolution der Solidarnosc-Bewegung ab 1980 in Polen.¹¹⁵ Bei der Kuba-Krise oder auch bei der Konterrevolution in Polen kam es jedoch nie zu einem Einmarsch der DDR-Truppen.¹¹⁶ Ende der 1980er Jahre, vor allem im entscheidenden Jahr 1989, kam es zu immer größer werdenden Widersprüchen zwischen Volk und SED-Führung, die häufig zu Demonstrationen führten.¹¹⁷ Die SED-Führung sandte nun vom 4. Oktober 1989 bis zum 11. November 1989 mehrere Hundertschaften der NVA aus, um die Grenzsicherung zu verstärken oder um Gebäude und Institutionen mit Hilfe der Bildung von Sperrketten zu sichern.¹¹⁸ Auch bei Demonstrationen wurde die NVA eingesetzt. Ein Massaker wurde trotz allem

¹¹² Vgl. König (Hrsg.): NVA - Die roten Preußen?, a.a.O., S. 52

¹¹³ Vgl. ebd., S. 52

¹¹⁴ Vgl. Wenzke, Rüdiger: NVA - Die Nationale Volksarmee der DDR, in: bpb.de, 31.03.2016, <https://www.bpb.de/politik/grundfragen/deutsche-verteidigungspolitik/223787/militaer-der-ddr> (aufgerufen am 29.10.2021)

¹¹⁵ Vgl. Diedrich/Ehlert/Wenzke (Hrsg.): Handbuch der bewaffneten Organe der DDR, a.a.O., S.487ff.

¹¹⁶ Vgl. ebd., S. 487ff.

¹¹⁷ Vgl. ebd., S. 511

¹¹⁸ Vgl. ebd., S. 512f.

vermieden, denn es kam zu keiner gewaltsamen Auflösung der Demonstrationen wie zuvor in Peking.¹¹⁹ Nach der Wiedervereinigung wurde die NVA 1990 aufgelöst und Mitglieder durch die Bundeswehr übernommen.¹²⁰ Viele ehemalige Mitglieder und Soldaten der Nationalen Volksarmee wollten nicht von der Bundeswehr, ihrem ehemaligen Feind, übernommen werden und schieden aus dem Dienst aus.

Viele Jahre nach dem Ende der DDR und dem der NVA stellt sich die Frage, ob die NVA tatsächlich eine Armee des Volkes, beziehungsweise eine Armee für das Volk war. Die Meinungen gehen hierbei stark auseinander, doch es kann festgehalten werden, dass das wohl wichtigste bewaffnete Organ der DDR in vielerlei Hinsicht keine Armee für das Volk oder eine Armee des Volkes war. Die NVA könnte geradewegs als Armee der SED bezeichnet werden, da fast alle Offiziere SED-Mitglieder waren. Die NVA wurde von der SED und vom Ministerium für Nationale Verteidigung gesteuert und das Volk hatte keinerlei Einfluss bis zum entscheidenden Jahr 1989 auf die Armee. Erst während den friedlichen Demonstrationen erkannten möglicherweise viele NVA-Soldaten, dass sie das Volk waren und somit nicht auf ihre „Brüder und Schwestern“ schießen konnten. Ein weiterer Grund dafür, dass die NVA eher eine Armee der Regierung und Partei war, wäre der Zwang der Militarisierung, der von der SED-Führung jahrelang ausgeübt wurde. Ungewöhnlich sind auch in gewissen Teilen die Uniformen der NVA-Soldaten (siehe Abb. 9). Obwohl sich die NVA nicht als Nachfolgerin früherer deutscher Armeen verstand, erinnerten die steingrauen Uniformen, die Formen der Schirm- und Feldmützen und die Halbschaftstiefel doch stark an die frühere Wehrmachtsuniformen.¹²¹ Dies stand im Gegensatz zum Selbstverständnis der NVA, da die früheren Nationalsozialisten die Erz- und Todfeinde der Sozialisten und Kommunisten waren.

Letztendlich ist jedoch nicht zu leugnen, dass die Nationale Volksarmee ein wichtiges, wenn nicht sogar das wichtigste Standbein der SED darstellte. Am Ende jedoch, nach 34 Jahren Existenz, verschwand auch diese Stütze zusammen mit dem DDR-Staat. Durch die glücklicherweise ausgebliebene Reaktion auf Seite der NVA während der Demonstrationen 1989 zeigt sich, dass die NVA-Angehörigen nicht das Ende der SED-

¹¹⁹ Vgl. ebd., S. 513

¹²⁰ Vgl. König, Guntram (Hrsg.): NVA - Die roten Preußen?: Zeitzeugenberichte, 1. Aufl., Aachen 2010, S. 10

¹²¹ Vgl. Wenzke, Rüdiger: NVA - Die Nationale Volksarmee der DDR, in: bpb.de, 31.03.2016, <https://www.bpb.de/politik/grundfragen/deutsche-verteidigungspolitik/223787/militaer-der-ddr> (aufgerufen am 29.10.2021)

Herrschaft verhinderten, obwohl ihnen zu Beginn Treue gelehrt wurde. Vielmehr begriffen viele nun, dass sie nicht auf ihre Mitmenschen, auf friedliche Demonstrantinnen und Demonstranten schießen konnten. Durch dieses Handeln verhinderten die ehemaligen Mitglieder der NVA ein Blutbad und machten den Weg frei für ein wiedervereinigtes Deutschland.



Abb. 9: Schaubild Uniformen der Land-, Luft- und Seestreitkräfte der NVA



Abb. 10: Kampfpappell zum 25. Jahrestag der Errichtung der Berliner Mauer

5.2 Grenzpolizei und Grenztruppen

Der Grenzschutz war eines der wichtigsten Themen bezogen auf die Verteidigung der DDR. Vor allem die innerdeutsche Grenze, also die Grenze zum westlichen, kapitalistischen Ausland, musste vor äußeren Einflüssen und Angriffen gegen den Sozialismus und die DDR geschützt und verteidigt werden. Die Grenzpolizei entstand kurz nach Ende des Zweiten Weltkrieges und entwickelte sich im Laufe der Besetzung Mitteldeutschlands unter der Sowjetunion weiter. Die ab 1946 eingesetzte Grenzpolizei wurde aufgegliedert in verschiedene Teilbereiche, die sich aus den Ländern zusammensetzten. Diese waren folgende: Brandenburg, Mecklenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen.¹²² Dabei wurde die Anzahl von Grenzpolizisten an der zu bewachenden Grenzlänge ausgerichtet. So belief sich die Gesamtlänge der Staatsgrenze der SBZ/DDR auf 2.236 Kilometer, wobei die innerdeutsche Grenze zu Westdeutschland ungefähr die Hälfte davon beanspruchte.¹²³ Hauptaufgaben der Grenzpolizei und später der Grenztruppen waren in erster Linie die Sicherung der Grenze und die Überwachung der Sperranlagen. Zusätzlich sollten sie unerlaubte Grenzübertritte und Fluchten verhindern. Im äußersten Ausnahmefall, also im Kriegsfall, war ihnen die Aufgabe auferlegt worden, die Grenze militärisch zu schützen.¹²⁴ Ein einschneidendes Ereignis stellte der Mauerbau im Jahre 1961 dar. Von 1949 bis 1960 hatten es etwa 2,6 Millionen Menschen geschafft, die DDR vor allem über die bis 1961 offene Sektorengrenze in Berlin zu verlassen.¹²⁵ Am 13. August 1961 griff die Regierung zu Maßnahmen, die Fluchten in Zukunft verhindern sollten. An diesem Tag selbst wurden so beispielsweise 5.000 Grenz-, 5.000 Schutz- und Bereitschaftspolizisten, sowie 4.500 Kampfgruppenangehörige an der Sektorengrenze in und um Berlin stationiert.¹²⁶ Zusätzlich wurde die Grenze nun verriegelt mit Hilfe von Stacheldraht und Pfählen. Dennoch gelang in den darauffolgenden Tagen hunderten Menschen erneut die Flucht, weshalb der Bau von Absperrungen vorangetrieben wurde. Für die Grenzsicherung entstand nun auch die

¹²² Vgl. Diedrich, Torsten/Ehlert, Hans/Wenzke, Rüdiger (Hrsg.): Handbuch der bewaffneten Organe der DDR., 2. Aufl., Augsburg 2004, S. 202

¹²³ Vgl. Judt, Matthias (Hrsg.): DDR-Geschichte in Dokumenten, Beschlüsse – Berichte – interne Materialien und Alltagszeugnisse, Schriftenreihe Band 350, Lizenzausgabe Bundeszentrale für Politische Bildung, Bonn 1998, S. 436

¹²⁴ Vgl. ebd., S.436

¹²⁵ Vgl. Diedrich, Torsten/Ehlert, Hans/Wenzke, Rüdiger (Hrsg.): Handbuch der bewaffneten Organe der DDR., a.a.O., S. 217

¹²⁶ Vgl. ebd., S. 218

„Grenzbrigade Berlin“.¹²⁷ Am 12. September 1961 erfolgte die Eingliederung der Deutschen Grenzpolizei (DGP) als Grenztruppen in das Ministerium für Nationale Verteidigung.¹²⁸ Mit dem Beschluss des Nationalen Verteidigungsrates am 15. September 1961, entstanden offiziell die Grenztruppen.¹²⁹ Außerdem wurde fünf Tage später, am 20. September 1961, der Schießbefehl gegen „Grenzverletzer“ vom Nationalen Verteidigungsrat (NVR) ausgesprochen.¹³⁰ Somit wurde die Grenze ein tödliches Hindernis. Mit der Eingliederung der DGP hatten die Grenztruppen zu Beginn etwa 40.000 Angehörige, die über leichte bis mittelschwere Waffen, unter anderem aber auch über Panzer und Geschütze, verfügten.¹³¹ Dabei wurde der Schwerpunkt bereits im Jahre 1961 auf die innerdeutsche Grenze gelegt, in Folge dessen waren dort etwa 68% der Truppen stationiert.¹³² Die 1970er Jahre waren von einer Umstrukturierung geprägt. Die Grenztruppen wurden im Jahre 1971 aufgeteilt in das Grenzkommando Nord, Mitte und Süd.¹³³ Zusätzlich dazu gab es nun einen sogenannten „Grenzaufklärungszug“, der die Aufgabe inne hatte, im hinteren Grenzbereich zu patrouillieren und dabei frühzeitig Fluchten zu erkennen und zu verhindern.¹³⁴ Außerdem wurden Ausbildung und Bewaffnung weiter angepasst, beziehungsweise verbessert. Tatsächlich hatte diese Weiterentwicklung auch Auswirkungen auf das Verhalten der Menschen und auf die Fluchten. Neben sinkenden Fluchtversuchen gelang im Schnitt nur noch jeder 15. Versuch, erfolgreich die Grenze zu durchbrechen.¹³⁵ Des Weiteren wurden in den 1970er Jahren die Sicherungssysteme weiter ausgebaut und tatkräftige, freiwillige Helferinnen und Helfer arbeiteten mit den Grenztruppen zusammen. Die Grenztruppen standen dazu in engem Kontakt mit dem Ministerium für Staatssicherheit und waren dem Ministerium für Nationale Verteidigung in Strausberg bei Berlin unterstellt.¹³⁶ Einmal im Monat fand eine „Personenanalyse“ statt, die vom Kompaniechef in Abstimmung mit einem MfS-Offizier durchgeführt wurde. Hierbei wurden regelmäßig Grenzschützer aussortiert, die sich politisch inkorrekt verhielten oder zu wenig Treue gegenüber der SED und Staatsführung gezeigt hatten. Um darüber hinaus die innere Ordnung und die

¹²⁷ Vgl. ebd., S. 219

¹²⁸ Vgl. ebd., S. 219

¹²⁹ Vgl. ebd., S. 225

¹³⁰ Vgl. ebd., S. 219

¹³¹ Vgl. ebd., S. 225

¹³² Vgl. ebd., S. 220

¹³³ Vgl. ebd., S. 233

¹³⁴ Vgl. ebd., S. 235

¹³⁵ Vgl. ebd., S. 236

¹³⁶ Vgl. ebd., S. 225

Gehorsamkeit gegenüber der Partei zu sichern, waren zahlreiche inoffizielle Mitarbeiter der Stasi in den Grenztruppen vertreten.¹³⁷ Dies führte häufig zu Misstrauen unter den Grenzsoldaten und verschlechterte den „politisch-moralischen“ Zustand der Truppen. Ein weiterer Grund für diesen oftmals labilen inneren Zustand waren die Fahnenfluchten von Angehörigen der Grenztruppen, da hierbei die Grenzsoldaten auf ihre eigenen Kameraden schießen mussten.¹³⁸ Ein moralisches Problem stellte der Grenzschutz jedoch in vielerlei Hinsicht dar. Gerade der Schießbefehl gegen Flüchtende oder Eindringlinge, führte zu einer hohen psychischen Belastung bei den Grenzsoldaten. Fast immer musste eine Entscheidung zwischen Festnahme und „Vernichtung“ in kürzester Zeit geschehen.¹³⁹ Viele konnten diese Dilemmasituation nicht ertragen und schossen absichtlich daneben, um nicht einen Menschen zu töten. Als es im Jahre 1989 zu Demonstrationen kam, die ihren Höhepunkt im Oktober und November 1989 hatten, warteten am 9. November einige Grenzposten verzweifelt auf Anweisungen von oben, die die Staatsführung gegen die immer mehr Richtung Westen drängenden Menschenmassen geben sollte. Möglicherweise war vielen von ihnen klar, was passieren würde, wenn sie nun den Schießbefehl ausführen würden: Das alles würde in einem Blutbad enden. Alle Kommandeure, Sicherheitsoffiziere, die an den Grenzübergängen stationiert waren, handelten an diesem Tag eigenmächtig und ohne einen Befehl von oben. So auch an jenem Tag an der Bornholmer Straße in Berlin, als der damals diensthabende Kommandeur Harald Jäger aus eigener Verantwortung den Grenzbaum öffnete und damit hunderten DDR-Bürgerinnen und -Bürgern den Zugang zu westdeutscher Seite endgültig gewährte.¹⁴⁰

¹³⁷ Vgl. ebd., S. 231

¹³⁸ Vgl. ebd., S. 232

¹³⁹ Vgl. Judt, Matthias (Hrsg.): DDR-Geschichte in Dokumenten, Beschlüsse – Berichte – interne Materialien und Alltagszeugnisse, Schriftenreihe Band 350, Lizenzausgabe Bundeszentrale für Politische Bildung, Bonn 1998, S. 437

¹⁴⁰ Vgl. Koßmann, Liane: 1989: „Die Angst hatte die Seiten gewechselt“, in: NDR, 08.11.2019, <https://www.ndr.de/geschichte/chronologie/wende/30-Jahre-Mauerfall-Die-Angst-hatte-die-Seiten-gewechselt,mauerfall632.html> (aufgerufen am 01.11.2021)



Abb. 11: Grenzverlauf innerdeutsche Grenze



Abb. 12: Grenzsoldaten im Einsatz

5.3 Situation an der (bayerischen) Grenze

Heutzutage ist Europa geprägt durch offene Grenzen. Doch eine der undurchlässigsten und am stärksten bewachten Grenzen ging einst durch Deutschland. Diese Grenze, die oftmals zum „Todesstreifen“ wurde, trennte jahrzehntelang Menschen, Familien und Dörfer. Diese emotionale und räumliche Trennung veranlasste viele Menschen dazu, waghalsige und gefährliche, vielleicht sogar tödlich endende Fluchtversuche auf sich zu nehmen. Ein berühmtes Beispiel ist die „Flucht mit dem Ballon“. Sie zählt zu den spektakulärsten und geglückten Fluchten aus der DDR. Am 16. September 1979 flogen die Familien Strelzyk und Wetzel mit einem zuvor selbstgebauten Heißluftballon über die Grenze zwischen Thüringen und Bayern in die Bundesrepublik.¹⁴¹ Auch wie für diese zwei Familien war eine Flucht die einzige Lösung, da das Verlassen der DDR in Richtung Westen auf legalem Wege von der SED verboten worden war. Fluchten hatten vielfältige Gründe. Beispiele wären der Wunsch nach Familienzusammenführung, Wiedererlangung von politischer Freiheit oder ein besseres Leben.¹⁴² Die Fluchtwege waren dabei so vielfältig wie die Gründe. Das berühmteste Beispiel ist die oben genannte Flucht mit einem Heißluftballon, Menschen versuchten aber auch durch Schwimmen durch die Ostsee oder durch Verstecken in Kofferräumen auf die Westseite zu gelangen. Einer der häufigsten Fluchtwege war jedoch die fehlende Rückkehr eines Westbesuchs, solange dies noch möglich war.¹⁴³ Doch wie haben die Grenztruppen oder die Stasi darauf reagiert? Diese Reaktionen lassen sich sehr gut aus einem offiziellen Bericht über das tödliche Ende eines Fluchtversuchs im Juni 1962 herauslesen. Hier wird beschrieben, dass eine jugendliche Person versucht hat, schwimmend ans Westufer in Berlin zu kommen und dabei von Grenzposten nach Warnschüssen gezielt erschossen wurde.¹⁴⁴ Nach

¹⁴¹ Vgl. Spektakuläre Fluchtversuche: in: Stasi-Unterlagen-Archiv, <https://www.stasi-unterlagen-archiv.de/informationen-zur-stasi/themen/beitrag/spektakulaere-fluchtversuche/> (aufgerufen am 02.11.2021)

¹⁴² Vgl. Ursachen, Geschichte und Folgen des Mauerbaus | Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur: in: Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, <https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/recherche/dossiers/mauerbau-am-13-august-1961/geschichte> (aufgerufen am 02.11.2021)

¹⁴³ Vgl. Ursachen, Geschichte und Folgen des Mauerbaus | Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur: in: Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, <https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/recherche/dossiers/mauerbau-am-13-august-1961/geschichte> (aufgerufen am 02.11.2021)

¹⁴⁴ Vgl. Schroeder, Klaus: Kompaktwissen Geschichte. Die DDR: Geschichte und Strukturen (Reclams Universal-Bibliothek), 2., aktual. und ergänzte Auflage, Ditzingen 2019, S. 176ff.

der versuchten Flucht wurde erhöhte Wachsamkeit im „gefährdeten Grenzabschnitt“ befohlen, die Diensthabenden wurden informiert und der Kompaniechef wertete das Ereignis aus.¹⁴⁵ Die Schlussfolgerung des Berichtes bestand darin, dass festgestellt wurde, dass Westberliner Gebiet nicht verletzt wurde, die Handlungen als „taktisch richtig und zweckmäßig“¹⁴⁶ und die Grenzpolizisten, die geschossen hatten, dafür vorgesehen waren, eine Auszeichnung zu erhalten.¹⁴⁷ Doch die Grenze trennte nicht nur Menschen voneinander, sondern auch ganze Dörfer. Dabei werden häufig zwei Dörfer genannt, die vom Mauerbau und der Grenze geprägt waren. Die Dörfer Zicherie und Böckwitz, die eigentlich zusammengehörten, wurden durch die innerdeutsche Grenze getrennt. Ganze Familien mussten jahrzehntelang voneinander getrennt leben, auch in Böckwitz, das nun auf DDR-Seite (Sachsen-Anhalt) lag, lebte man in komplett anderen Welten als auf westdeutscher Seite im Dörfchen Zicherie (Niedersachsen).¹⁴⁸ Erst nach der Wiedervereinigung war ein Wiedersehen möglich. Ein weiteres bekanntes Beispiel ist die Ortschaft Mödlareuth, deren eine Hälfte in Thüringen, die andere in Bayern liegt. Auch dieses Dorf wurde in „Ost“ und „West“ eingeteilt. Zu Beginn galt noch der durch das Dorf verlaufende Tannbach als Grenze, später waren es echte Grenzanlagen. Diese Grenzanlage wurde alsbald ein unüberwindbares Hindernis mit einer 3,30 Meter hohen Betonmauer.¹⁴⁹ Zuvor waren die als politisch unzuverlässig geltenden Bürgerinnen und Bürger zwangsumgesiedelt worden.¹⁵⁰ Auch das Grüßen und Winken von Ost nach West waren strikt verboten. Aufgrund all dieser Umstände nannten die Amerikaner Mödlareuth auch „Little Berlin“.¹⁵¹ Die Situation an der innerdeutschen Grenze war oftmals angespannt, die Zahl der Toten war in Relation zu den geglückten Fluchten deutlich höher. Insgesamt gab es mindestens 140 Todesopfer allein zwischen 1961 und 1989 an der Berliner Mauer.¹⁵² Auf der Website „Chronik der Mauer“ kann man die Geschichten einiger Todesopfer nachlesen. Während man sich die Beiträge durchliest, wird man

¹⁴⁵ Vgl. Schroeder: Die DDR: Geschichte und Strukturen, a.a.O., S. 179

¹⁴⁶ Vgl. ebd., S. 179

¹⁴⁷ Vgl. ebd., S. 179

¹⁴⁸ Vgl. Latz, Michael: Zicherie-Böckwitz: Wiedersehen im geteilten Dorf, in: NDR, 09.11.2019, https://www.ndr.de/geschichte/chronologie/wende/DDR-Grenze-Zicherie-Boeckwitz-Das-geteilte-Dorf_teilung116.html (aufgerufen am 02.11.2021)

¹⁴⁹ Vgl. Geschichte: in: Deutsch-Deutsches Museum Mödlareuth, <https://moedlareuth.de/geschichte.html> (aufgerufen am 02.11.2021)

¹⁵⁰ Vgl. Geschichte: in: Deutsch-Deutsches Museum Mödlareuth, <https://moedlareuth.de/geschichte.html> (aufgerufen am 02.11.2021)

¹⁵¹ Vgl. Geschichte: in: Deutsch-Deutsches Museum Mödlareuth, <https://moedlareuth.de/geschichte.html> (aufgerufen am 02.11.2021)

¹⁵² Vgl. Bundeszentrale für Politische Bildung: Todesopfer, in: Chronik der Mauer, <https://www.chronik-der-mauer.de/todesopfer/> (aufgerufen am 02.11.2021)

feststellen, dass fast alle Opfer jünger als 35 Jahre waren. Dies lässt darauf schließen, dass ein Leben in der DDR, ein Leben hinter der Mauer, für viele junge Menschen keine Zukunft hatte. Einige beschlossen, ihr Leben zu riskieren, um auf die Westseite zu gelangen und mussten dafür ihr noch junges Leben lassen.



Abb. 13: Wachtürme im heutigen Grenzmuseum Mödlareuth

6 Wehrerziehung und Einfluss auf die Gesellschaft

6.1 Die Gesellschaft für Sport und Technik (GST)

Die am 7. August 1952 gegründete Gesellschaft für Sport und Technik, kurz GST, war bis zur Wiedervereinigung die wohl wichtigste, paramilitärische Massenorganisation der DDR. Diese Organisation war dazu bestimmt, einen wichtigen Beitrag zur Wehrerziehung von jungen DDR-Bürgerinnen und -Bürgern im sozialistischen Sinne zu leisten. Obwohl die GST kein bewaffnetes Organ in diesem Sinn war, so war sie doch „unverzichtbar für die Vorbereitung der Jugendlichen auf den Militärdienst“¹⁵³ und prägte die Gesellschaft in ihrer Einstellung zu Staat und Militär. Die Gründungsphase belief sich auf den Anfang der 1950er Jahre und wurde von sowjetischer Seite aus Moskau angestoßen.¹⁵⁴ Der Name der geplanten Organisation sollte „Schutz der Heimat“¹⁵⁵ lauten, aber letztendlich legte man sich auf die Bezeichnung „Gesellschaft für Sport und Technik“ fest, um den Sport- und Technikaspekt in den Vordergrund zu stellen und Mitglieder zu gewinnen. Bei der Gründung und der Errichtung der GST spielten die Mitglieder der Freien Deutschen Jugend (FDJ) eine entscheidende Rolle, denn sie sollten die neu gegründete Organisation mit aufbauen und um neue Mitglieder werben. So wurden letztendlich auch ganze 45.000 Mitglieder von Interessengemeinschaften für Sport der FDJ Mitglieder der GST.¹⁵⁶ Im Jahre 1968 wurde die militärische Leitung eingesetzt und der Bezug zum Militär war nun hergestellt. Der Fokus der GST lag wie oben bereits erläutert, auf der vormilitärischen Ausbildung der (jungen) DDR-Bevölkerung. Auf dem Plan stand so zum Beispiel der Umgang mit Handwaffen, die wehrpolitische Bildung oder eine Ausbildung im Sanitätsbereich.¹⁵⁷ Doch der Schwerpunkt lag nicht nur auf der Förderung bezüglich militärischer Kenntnisse, sondern auch auf der Förderung von technischem oder sportlichem Interesse. Die GST besaß somit Flugplätze (zum Beispiel Flugplatz Zwickau-Neu-Planitz), eigene Schulen bezüglich des Flugsportes, des Seesports etc. und Ausbildungsstätten. Da die Gesellschaft für Sport und Technik einige Sportverbände unter sich hatte – u.a. zum Beispiel den Tauchsportverband der DDR

¹⁵³ Diedrich, Torsten/Ehlert, Hans/Wenzke, Rüdiger (Hrsg.): Handbuch der bewaffneten Organe der DDR., 2. Aufl., Augsburg 2004, S.169

¹⁵⁴ Vgl. ebd., S.169

¹⁵⁵ Vgl. ebd., S.170

¹⁵⁶ Vgl. ebd., S.171

¹⁵⁷ Vgl. ebd., S.188f.

oder den Seesportverband der DDR – gingen aus ihr mehrere hochklassige Spitzensportler hervor.¹⁵⁸ Besondere Leistungen wurden anerkannt und Abzeichen (zum Beispiel das Leistungsabzeichen für Sportschießen, siehe Abb. 14) wurden verliehen. Mitglieder durften ab 1961 eine eigene GST-Uniform tragen. Ein Anreiz für Jugendliche war das mögliche Erwerben einer Fahrerlaubnis für PKW, LKW und Moped. Dennoch war mit allen Anreizen und optimalen Möglichkeiten für junge Menschen immer der Hintergedanke da, aus den Mitgliedern der GST eines Tages auch Mitglieder der NVA oder generell Befürworter und positiv eingestellte Bürgerinnen und Bürger gegenüber des DDR-Staates zu schaffen. Eine enge Verflechtung zur NVA und deren Führung existierte zudem und die GST wurde schnell zu einem bedeutenden Werbemittel und Bindeglied zwischen der Armee und der jüngeren Bevölkerung. Oftmals waren die hauptamtlichen Positionen an ehemalige Offiziere der NVA vergeben. Unterteilt in über 15.000 Sektionen, baute die Struktur der GST auf dem von Lenin entwickelten „demokratischen Zentralismus“ auf.¹⁵⁹ Die GST disponierte über einen eigenen Kongress, der regelmäßig einberufen wurde und bestand aus Grundorganisationen, Kreis- und Bezirksvorständen, sowie einem Zentralvorstand. Zudem wurden spezifische Publikationen veröffentlicht und verbreitet (siehe Abb. 15, Werbe- und Infomaterial zur Ausbildung). Ein bekanntes Beispiel ist die sogenannte „Flieger-Revue“, die von 1970 bis 1990 erschienen ist.¹⁶⁰ Diese Publikationen und weitere Werbung, die durch die GST, aber auch durch die FDJ erfolgten und unter anderem in Schulen zu finden war, hinterließen durchaus einen Eindruck in der Bevölkerung. Dies führte zu einer wachsenden Mitgliedszahl, die 1956 noch knapp 445.000 betrug und kurz vor der Wende im Jahre 1989 auf etwa 645.000 Mitglieder angestiegen war.¹⁶¹

Doch nach dem Mauerfall machten sich viele nun ehemalige DDR-Bürgerinnen und -Bürger auf in Richtung Westen und die GST verlor über die Hälfte ihrer Mitglieder innerhalb kürzester Zeit. Die 1968 eingesetzte militärische Führung trat am 27. Januar 1990 als Folge zurück und die GST löste sich allmählich auf.¹⁶²

¹⁵⁸ Vgl. ebd., S.194.

¹⁵⁹ Vgl. Wikipedia-Autoren: Gesellschaft für Sport und Technik, in: Wikipedia, 17.07.2003, https://de.wikipedia.org/wiki/Gesellschaft_f%C3%Bcr_Sport_und_Technik, (aufgerufen am: 05.06.2021)

¹⁶⁰ Vgl. ebd.

¹⁶¹ Vgl. Diedrich, Torsten/Ehlert, Hans/Wenzke, Rüdiger (Hrsg.): Handbuch der bewaffneten Organe der DDR., a.a.O., S.190/195

¹⁶² Vgl. ebd., S.195



Abb. 14: Leistungsabzeichen Sportschießen in Bronze

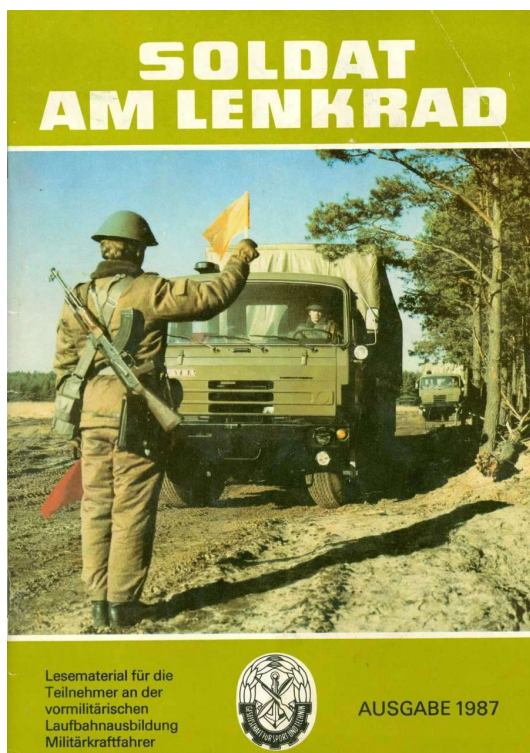


Abb. 15: Werbe- und Infomaterial

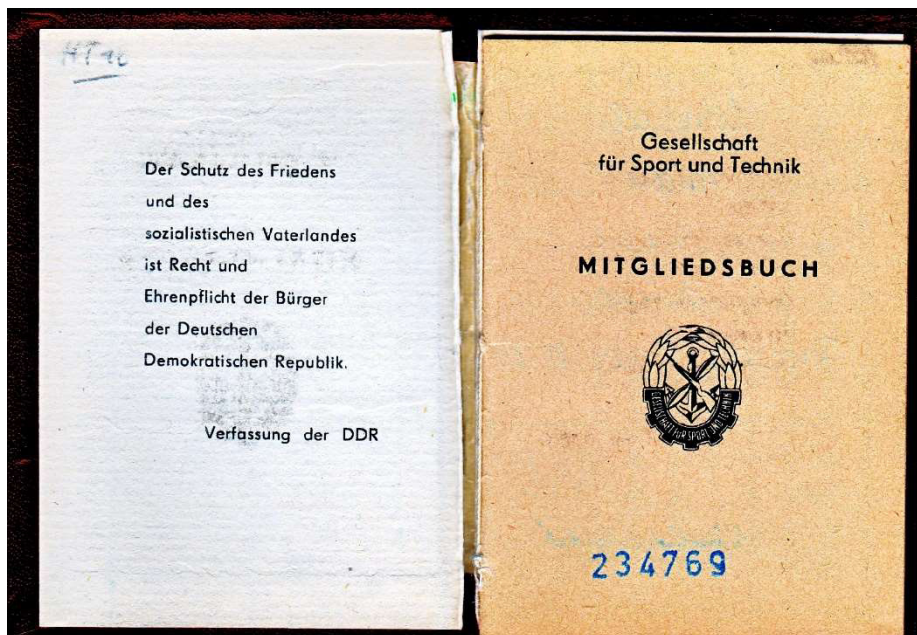


Abb. 16: Mitgliedsbuch GST (original)

6.2 Die Freie Deutsche Jugend (FDJ) und die Pionierorganisation

„Wer die Jugend gewinnt, gewinnt die Zukunft!“ Diesen Spruch hört man oft heute noch, doch keine andere Partei im geteilten Deutschland außer der SED hatte so schnell erkannt, dass die Jugend wichtig für den Staat und die Zukunft der Gesellschaft war. Die 1946 gegründete ursprünglich parteipolitisch unabhängige, aber für den Sozialismus eintretende Freie Deutsche Jugend (FDJ) und die 1948 gegründete Pionierorganisation Ernst Thälmann¹⁶³ bezogen in der DDR eine Monopolstellung, da keine weiteren Jugendorganisationen zugelassen wurden.¹⁶⁴ 1948 von der SED als Kampfesreserve der Partei bezeichnet, sollte die FDJ vor allem für die Freundschaft zur Sowjetunion eintreten, aber auch für den Staat und den Sozialismus im Allgemeinen. Beschrieben wurde die Jugendorganisation offiziell als „unabhängige, demokratische Organisation auf freiwilliger Grundlage“¹⁶⁵, wobei Jugendliche der DDR in den nächsten Jahren eher automatisch Mitglied der Freien Deutschen Jugend wurden. Auch wer ein Studium anstrebte, sollte Mitglied der FDJ sein, um zu zeigen, dass man die richtige Gesinnung hatte. Zudem war die FDJ sehr wohl der SED unterstellt und als ein Instrument zur Machtsicherung im indirekten Sinne anzusehen. Zusätzlich gab es Vertreter der Massenorganisationen in der Volkskammer, welche die indirekten Vertreter der SED bildeten. So gab es im Jahre 1961 eine FDJ-Aktion, welche sich gegen den Empfang von westlichen Rundfunkstationen in der DDR richtete.¹⁶⁶ Die FDJ stellte das wichtige Bindeglied zur jüngeren Gesellschaft dar. Zu Beginn war die FDJ deutlich politischer und die Staatsführung versuchte durch Werbekampagnen mehr jugendliche Mitglieder zu gewinnen. Der Erfolg zeichnete sich in den Mitgliedszahlen ab: 1949 waren bereits eine Million Jugendliche ein Teil der Organisation. Das entsprach etwa 33 Prozent der Jugendbevölkerung, während der Anteil im Jahr 1989 bei ganzen 88 Prozent - und somit bei 2,3 Millionen Mitgliedern – lag.¹⁶⁷ Lockend war sicherlich auch das umfangreiche Freizeitangebot der FDJ, das darauf ausgerichtet war, dass jede junge Bürgerin und jeder junge Bürger sich im Kollektiv entwickeln

¹⁶³ Vgl. Judt, Matthias (Hrsg.): DDR-Geschichte in Dokumenten: Beschlüsse, Berichte, interne Materialien und Alltagszeugnisse (Forschungen zur DDR-Gesellschaft), Lizenzausgabe, Bonn 1998, S. 177f.

¹⁶⁴ Vgl. Schroeder, Klaus: Kompaktwissen Geschichte. Die DDR: Geschichte und Strukturen (Reclams Universal-Bibliothek), 2., aktual. und ergänzte Auflage (2019), Ditzingen 2019, S. 26

¹⁶⁵ Vgl. ebd., S. 162f.

¹⁶⁶ Vgl. Judt, Matthias (Hrsg.): DDR-Geschichte in Dokumenten, a.a.O., S. 350f.

¹⁶⁷ Vgl. Wikipedia-Autoren: Freie Deutsche Jugend, in: Wikipedia, 02.02.2003, https://de.wikipedia.org/wiki/Freie_Deutsche_Jugend (aufgerufen am 04.09.2021)

konnte. Das Gemeinschaftsgefühl der Jugendlichen wurde durch Ferienlager oder andere Veranstaltungen gefördert. Zielführend waren diese Veranstaltungen deshalb, weil die junge DDR-Bevölkerung ein positives Bild vom Sozialismus vermittelt bekam und trotz individueller Entwicklung im sozialistischen Sinne „erzogen“ wurde.



Abb. 17: Mitgliedskarte/-ausweis Jungpioniere (original)



Abb. 18: FDJ-Aufmarsch am 1. Mai 1973 in Ost-Berlin

7 Interview

Interview mit den Großeltern der Autorin geführt am 12.08.2021

L: Leonore Windisch (Oma), 70 Jahre

R: Rolf Windisch (Opa), 75 Jahre

Interview mit Leonore Windisch

Warst du selbst in einem/mehreren Bereichen der bewaffneten Organe der DDR Mitglied? Oder in einer Jugendorganisation? Wenn ja, in welchen?

L: Früher als Jugendliche war ich Mitglied der FDJ, so wie alle eigentlich. Ich bin in der siebten Klasse eingetreten und war dort bis zum Ende meiner Schulzeit. In der FDJ war ich ein normales Mitglied, für eine kurze Zeit jedoch sogar mal KassiererIn in der Klasse. Sonst war ich in keinem anderen Bereich aktiv beteiligt. Aber meine Mutter war, bevor ich geboren wurde, eine Zeit lang bei der Transportpolizei. Da war sie etwa 20 Jahre alt und nur kurz dabei, das müsste von 1945 bis 1951 gewesen sein. Sie hat es damals freiwillig gemacht, damit sie sich etwas Geld verdienen konnte.

Was waren deine Tätigkeiten während dieser Zeit?

L: Ich war nie Gruppenleiter oder Ähnliches, ich war einfach ein normales Mitglied. Wir organisierten zusammen Ferienlager, hatten einen Appell am Montagmorgen in der Schule oder ich habe einmal ein Gedicht in FDJ-Kleidung vortragen müssen.

Wie hast du die politische Indoktrination der Partei in der FDJ erlebt?

L: Die FDJ war bei uns eigentlich für manche – nicht für alle – eine Art Grundbaustein, wenn man später höher aufsteigen wollte. Wenn man sich engagierte und sich immer richtig verhielt, also eine Art Vorbild war, dann konnte man zum Beispiel Gruppenleiter werden oder durfte mit in gewisse Ferienlager. Aber man spürte auch allgemein in der Schule, dass Schülerinnen und Schüler, deren Eltern oder deren Elternteil in der Partei höher aufgestellt waren, zum Teil bessere Noten bekamen.

Gab es während deiner FDJ-Zeit auch kritisch eingestellte Mitglieder?

L: Ja, auf jeden Fall gab es kritisch eingestellte Mitglieder. Ehrlich gesagt war ich das sogar auch manchmal, aber ich habe das nie offen gesagt. Bei uns in der Klasse waren einige auch kritisch gegenüber politischen Inhalten im Unterricht eingestellt. Ich erinnere mich noch, als einmal ein Mitschüler sich getraut hat, zu sagen: „Das stimmt doch gar nicht!“. Wir waren mucksmäuschenstill danach und der Lehrer hatte ihn ab diesem Zeitpunkt auf dem Kieker, er bekam sogar schlechtere Noten als wir. Genau deswegen war der Großteil von uns still und lehnte sich nicht auf.

Wie gingen FDJ-Mitglieder mit Schülerinnen und Schülern in ihrer Klasse um, die nicht in der FDJ waren?

L: Tatsächlich wurden diese Schülerinnen und Schüler benachteiligt und aufgrund der Tatsache, dass sie nicht zu Ferienlagern mitkommen durften, ausgegrenzt. Dennoch mobbten wir sie nicht, sie waren ja trotzdem noch unsere Mitschüler.

Würdest du heute wieder beitreten, wenn du die Möglichkeit hättest? Warum?

L: Ja, würde ich wahrscheinlich. Vor allem wegen des Gemeinschaftssinnes, der sich entwickelt hat. Es war großartig, in einer Gemeinschaft zu sein und zusammen mit den anderen etwas zu schaffen. Eine wichtige Voraussetzung wäre aber, dass es wirklich freiwillig wäre und man selbst entscheiden kann.

Ich verstehe. Hast du später im Berufsleben mitbekommen, wie Kolleginnen und Kollegen unter Druck gesetzt wurden, weil sie zum Beispiel ihre Mitmenschen bespitzeln mussten?

L: Ja, durchaus. Ich hatte einen eigentlich sehr netten Arbeitskollegen, der in der Stasi war und ein Alkoholproblem hatte. Ihn hat man ziemlich unter Druck gesetzt, er musste uns ausspionieren, um seinen Beruf weiter ausüben zu dürfen. Keiner von uns wusste, dass er bei der Stasi war.

Hat dich das nachdenklich gestimmt?

L: Ja, sehr sogar. Ich mochte ihn wirklich sehr und wir hatten es schon vermutet, aber als ich in meine Akten Einsicht bekommen habe, war ich trotzdem etwas enttäuscht.

Danke Oma für deine Zeit.

L: Gerne!

Interview mit Rolf Windisch

Opa, warst du selbst in einem/mehreren Bereichen der bewaffneten Organe der DDR Mitglied? Oder in einer Jugendorganisation? Wenn ja, in welchen?

R: Ja, ich war zuerst wie deine Oma bei der FDJ, dann bei der GST und schließlich in der NVA. In der FDJ war ich ebenfalls „nur“ ein einfaches Mitglied.

Hast du es mehr oder weniger freiwillig gemacht oder gab es Druck von außen, zum Beispiel von Eltern, Mitschülern etc.?

R: Naja freiwillig... hm. Ich habe eher die bessere „Alternative“ für mich gewählt. Mein Vater hat mir da aber auch einen Tipp, dass ich gleich drei Jahre machen soll, gegeben. Die Grundausbildung in der NVA musste jeder machen, das waren acht Monate harte militärische Ausbildung. Es fand eine Musterung statt, als wir 18 waren. Das war direkt in der Lehre. Es gab hier also eine Grundwehrpflicht. Danach wurde gefragt, ob man denn gleich drei Jahre auf freiwilliger Basis sofort weitermachen möchte, oder ob man mit der dauerhaften Anspannung leben wollte, jeden Moment – und sei es nach mehreren Jahren, wenn man bereits Familie hatte – einberufen zu werden. Deshalb habe ich mich damals freiwillig gemeldet und 3 Jahre gleich angehängt. Ich wollte nicht, dass ich dann eines Tages wie aus heiterem Himmel von meiner Familie vielleicht wegmusste. Das konnte man mehr oder weniger ein klein

bisschen steuern. Ich war nun also sogenannter Zeitsoldat und musste hierbei an Reserveübungen teilnehmen.

Kannst du mir beschreiben, wie ein typischer Tagesablauf aussah?

R: Die Grundausbildung war wirklich hart. Man wurde zu „richtigen Männern“ geschliffen. Am frühen Morgen mussten wir Frühsport machen, dann ging es zum Waschen. Danach erfolgte der Morgenappell, bei dem dann auch die Tagesaufgaben bekannt gegeben wurden. Alles lief sehr streng und straff nach einem Zeitplan ab, der eingehalten werden musste. Auch wurde die Ordnung im Zimmer von Unteroffizieren kontrolliert. Unsere Ausbildung war körperlich anstrengend. Wir mussten mit vollständiger Uniform, Stahlhelm und Gewehr durch Tunnel robben, marschieren und viel mehr. Außerdem mussten wir Wache in Berlin-Wannsee nahe der „Bonzensiedlung“ halten, das heißt, ich war im Wachregiment und zuständig für die Bewachung von wichtigen Gebäuden oder Institutionen.

Bist du aufgestiegen?

R: Zunächst war ich Stabsgefreiter, diesen Dienstgrad bekam man nach 2 Jahren, glaube ich. Nach dem Besuch einer bestimmten Schule hätte man Unteroffizier werden können und so weiter. Da jedoch mein Augenlicht aufgrund der vielen Nachtwachen schlechter wurde, bin ich wegen diesen gesundheitlichen Gründen nach Untersuchung der Armeearztin entlassen worden.

Warst du enttäuscht oder erleichtert? Wie ging es danach weiter?

R: Ganz ehrlich? Tatsächlich war ich erleichtert. Danach war ich in der Reserve. Da hatte ich aber auch schon Familie und war ca. 40 Jahre alt. Wir mussten alle auf einen Reservelehrgang und dort wurde uns damals mitgeteilt, dass wir nun Reserveoffiziersanwärter waren. Wir waren damals völlig perplex, es wurde knallhart über unsere Köpfe entschieden. Auch hier hörte man wieder diese indirekte Drohung heraus „entweder ihr macht das und das... oder...“. Ich wurde dann Unterleutnant der Reserve und dann nach weiteren 2 Jahren Leutnant. Wir Reservisten wurden aber nicht mehr an der „Front“ eingesetzt, sondern eher hinter den Kulissen. So war ich zum

Beispiel in der Kfz-Werkstatt. Hier war es deutlich entspannter und nicht mehr so militärisch wie anfangs.

Wie hat diese „Organisation“ beziehungsweise konkret die NVA auf dich gewirkt?

R: Mit drei Adjektiven wohl so: streng, diszipliniert, gut organisiert. Das Kollektiv spielte eine große Rolle. Einerseits gut, andererseits auch schlecht. Schwächere wurden mitgenommen, keiner wurde zurückgelassen, aber die Strafen galten immer für uns alle. Oberste Priorität hatte jedoch das Befolgen eines Befehls.

Hast du denn manche Tätigkeiten insgeheim auch hinterfragt?

R: Wenig. Ich habe die Zähne zusammengebissen, wollte es auch in gewissen Situationen schnell hinter mich bringen. Hinterfragen oder sogar Verweigerungen konnten gefährlich werden und wie ich bereits gesagt habe, stand das Gehorchen an erster Stelle. Einige der Anderen hatten Verwandtschaft in Westdeutschland, die haben sich da natürlich öfter mal gefragt, warum wir das alles machen müssen und andere nicht. Aber es waren sehr wenige.

Würdest du heute wieder einer der Organe beitreten, wenn du die Möglichkeit hättest? Wohlgermerkt im vereinten Deutschland und ohne Druck. Warum?

R: Wäre ich noch einmal jünger und hätte noch keine Familie, dann ja. Uns wurde Disziplin gelehrt, wir wurden gehärtet. Vor allem aber war der Gemeinschaftssinn sehr ausgeprägt und wir lernten zusammenzuhalten und sich auf den Anderen zu verlassen. Das war oft trotz mancher Bestrafung und Härte ein gutes Gefühl.

Danke Opa für deine ausführlichen Erklärungen!

R: Sehr gerne! Ich hoffe, ich konnte dir weiterhelfen.

Interview mit André Windisch (Vater der Autorin) geführt am 12.08.2021

A: André Windisch, 49 Jahre

Warst du selbst in einem/mehreren Bereichen der bewaffneten Organe der DDR Mitglied? Oder in einer Jugendorganisation? Wenn ja, in welchen?

A: Ja, ich war Mitglied und beteiligt. Genauer gesagt war ich in der Pionierorganisation und in der GST. Danach wäre ich in die NVA gekommen, aber dann war ja die Wiedervereinigung.

Kannst du näher erläutern, wann du wo beteiligt warst?

A: Natürlich, gerne. Bei den Jungpionieren war ich von der ersten Klasse bis zur vierten Klasse. Da haben wir traditionell ein weißes Hemd mit einem blauen Halstuch getragen. Von der vierten bis zur siebten Klasse, glaube ich, war ich Thälmann-Pionier. Hier haben wir ein weißes Hemd mit rotem Halstuch getragen. Von der siebten oder achten Klasse bis zur zehnten Klasse war ich schließlich in der FDJ. Wie du vielleicht bereits weißt, haben wir in der FDJ das klassische blaue Hemd getragen mit dem Abzeichen auf dem linken Arm. Danach, also mit 16 Jahren bin ich in die GST eingetreten, das war also zu Beginn der Ausbildung und wenn die Grenze nicht aufgegangen wäre, dann wäre ich für drei Jahre zur Armee gegangen.

Hast du es mehr oder weniger freiwillig gemacht oder gab es Druck von außen? Zum Beispiel von Eltern, Mitschülern oder Freunden?

A: In die Pionierorganisation ist man eigentlich ganz automatisch eingetreten. Es gab eine Mitschülerin in meiner Klasse, die nicht in die FDJ, zum Beispiel, eingetreten ist, da ihre Eltern ihr das verboten hatten. Am Anfang, in den unteren Klassenstufen, hat man da nicht viel Unterschiede gemerkt, aber je älter wir geworden sind, desto mehr wurde sie ausgeschlossen. Sie war bei Klassenfahrten oder auch bei der Jugendweihe nicht dabei. In die GST sind nicht alle eingetreten, aber sehr viele, und bei der Armee wäre es so gewesen, dass man entweder 18 Monate Grundwehrdienst machen konnte oder sich gleich für drei oder mehr Jahre verpflichten lassen konnte. Mein Vater hatte

mir damals geraten, mich gleich am Anfang zu engagieren, um „in diesem Staat weiterzukommen“. Deshalb habe ich mich dann freiwillig für die drei Jahre gemeldet.

Was waren dann so deine Aufgaben oder wie ist das alles abgelaufen?

A: Bei den Jungpionieren war es eher so, dass es ein „Heranführen“ war, wohingegen wir dann bei den Thälmann-Pionieren schon erweiterte Aufgaben bekommen haben. Wir waren tatsächlich schon Vorbilder für die Jungpioniere und haben auch an Kundgebungen, wie zum Beispiel am 1. Mai, teilgenommen. Bei der FDJ hatten wir verantwortungsvolle Aufgaben in der Schule, wie beispielsweise die Pausenaufsicht, das Sorgen für Sauberkeit oder auch manchmal Ermahnungen auszusprechen. Wir waren ganz klar Vorbilder für die Jüngeren. Natürlich hatten wir auch das Gefühl, wichtig für das System zu sein.

Jeden Montag fand in der Früh in der Schule ein richtiger Fahnenappell statt, bei dem auch die Kleinen mitlaufen mussten.

Wie war es denn in der GST, beziehungsweise nach der Schule?

A: In der GST stand ja vor allem der Sport- und Technikaspekt im Vordergrund, aber über die GST konnte ich mit 16 ½ Jahren meinen LKW-Führerschein machen. Wir bekamen zudem eine vormilitärische Ausbildung, die über mehrere Wochen ging und die alle absolvieren mussten, auch die Mädchen.

Hatten die Mädchen dann theoretisch auch eine Chance, in die Armee zu kommen?

A: Ja, sie wären aber im Sanitätsdienst eingesetzt worden. Es war freiwillig für die Mädchen.

Kannst du noch mehr über die vormilitärische Ausbildung erzählen?

A: Gerne. Zunächst einmal gab es eine vorausgehende geistige und körperliche Musterung. Anschließend ein Gespräch, in dem es darum ging, wie lange man, wenn man 18 war, zur Armee gehen würde. In diesem Gespräch musste man auch politische Stellung beziehen und zum Beispiel die Frage beantworten, ob man in die Partei später

möchte oder warum man länger als 18 Monate in die Armee will. Bei der vormilitärischen Ausbildung war die erste Woche Grundausbildung für alle gleich. Doch ab der zweiten Woche wurden wir aufgeteilt in „Grundwehrdienstpflichtige“ (18 Monate) und Zeitsoldaten (drei Jahre oder länger). Da hat man dann schon gemerkt, dass wir zukünftige Zeitsoldaten privilegierter waren. Wir waren so zum Beispiel oft früher fertig und unsere Übungen waren entspannter. Wir mussten beispielsweise weniger körperlich anstrengende Sachen machen und lernten, wie man einen LKW tarnt.

Wie lange dauerte diese Ausbildung?

A: Insgesamt sechs Wochen während meiner Ausbildung. Für diese sechs Wochen wurden wir von den Betrieben freigestellt.

Was hat dir am besten gefallen, wenn du jetzt so zurückblickst?

A: Auf jeden Fall der Gruppenzusammenhalt. Natürlich auch die Ferienlager und Veranstaltungen, das hat mir immer sehr viel Spaß gemacht. In der GST selbst hat mir die technische Ausbildung am LKW am besten gefallen.

Wie haben diese Organisationen auf dich gewirkt?

A: Also mein Gefühl war folgendes: Sie haben dein Leben oder deinen Weg bestimmt, aber sie haben sich auch um einen gekümmert. Wir wurden damals schon beeinflusst, zum Beispiel in die GST einzutreten, aber es war auf eine überzeugende, positive Art und nicht im Sinn von „wenn ihr das nicht macht, dann seid ihr Volksverräter“. Auf jeden Fall war alles sehr gut strukturiert, wir hatten klare Vorgaben und Anweisungen. Man kann also sagen, dass ein gewisser Rahmen einfach gegeben war.

Hast du manches trotzdem manchmal hinterfragt?

A: Ja, ich habe schon gewisse Dinge heimlich hinterfragt und vieles auch als ungerecht empfunden. Zum einen das eben mit der Mitschülerin, das ich dir vorhin schon erklärt habe. Zum anderen kam natürlich auch bei mir mal die Frage auf: „Warum dürfen wir

nicht nach Westdeutschland, wenn wir doch versprechen sollten, wieder zu kommen?“ Ein Mitauszubildender von mir wollte Verwandte in Westdeutschland besuchen und sein Antrag wurde vor seinen Augen zerrissen, weil er nicht in die Stasi, in die Partei oder länger in die Armee wollte. Auch in der Schule gab es gewisse Bereiche, die mich verwundert haben. So zum Beispiel auch unser Atlas im Erdkundeunterricht, da waren nämlich keine Straßen oder ähnliches auf Westseite eingezeichnet. Man wollte nicht, dass wir irgendwelche Fluchtwege erkennen konnten. Das hat mich zum Nachdenken angeregt.

Würdest du heute wieder beitreten, wenn du die Möglichkeit hättest? Warum?

A: Nein, ich denke nicht. Ich war auch ehrlich gesagt sehr froh darüber, dass ich nicht doch noch am Ende zur Armee eingezogen wurde. Vielleicht hätte ich da dann bemerkt, dass ich auf der falschen Seite stehen würde. Heute würde ich mir viel genauer überlegen, ob es gesellschaftlich notwendig wäre. Ich würde mich fragen: Stehe ich wirklich zu hundert Prozent dahinter? Ich habe ja auch damals nach der Grenzöffnung die Wehrpflicht verweigert. Heutzutage bin ich, was bestimmte Dinge angeht, sehr viel kritischer geworden. Übrigens finde ich, dass das für egal welche Organisation gilt. Man sollte sich davor überlegen, ob man wirklich zum Beispiel hinter der Kirche oder hinter einer Partei steht.

Ein ganz großes Dankeschön an dich, Papa, für deine Auskünfte!

A: Kein Problem, das habe ich gerne gemacht!

Anmerkung:

Durch das Führen von insgesamt drei Interviews mit zwei verschiedenen Generationen habe ich festgestellt, dass es unterschiedliche Ansichten gibt. Eines haben alle drei Interviewten betont: den Gemeinschaftssinn. Trotzdem waren einige Einstellungen komplett verschieden. Ich konnte erkennen, dass mein Großvater – und vielleicht auch dessen Generation – weniger hinterfragt hat als die jüngere Generation, zu der mein Vater gehört. Möglicherweise liegt die Ursache darin, dass mein Vater eher in einem anderen Jahrzehnt in der DDR gelebt hat und als Jugendlicher auch letztendlich bei den friedlichen Demonstrationen dabei war. Er erlebte den schleichenden Verfall der DDR zum Beispiel durch permanenten Materialmangel in allen Lebensbereichen in den 1980er Jahren. Zudem war die Erziehung früher noch konservativer, autoritärer und obrigkeitsstaatlich ausgerichtet, was sich erst in den 1970er Jahren mehr und mehr lockerte. Auch die Antwort auf die letzte Frage war in den Interviews unterschiedlich. So wären meine Großeltern beide wieder in eine dieser Organisationen eingetreten, wenn es heute freiwillig gewesen wäre. Mein Vater jedoch hat ganz klar nein gesagt. Er ist der Meinung, dass er sich es dieses Mal viel genauer überlegen würde, ob es tatsächlich notwendig wäre, einer solchen Organisation beizutreten.

Es ist klar, dass wenn es zwei Generationen gibt, es auch zwei Meinungen geben wird. Ich konnte durch das Interview erkennen, wie sich Ansichten mit den Jahren verschieben und wie gewisse Einstellungen dennoch in beiden Generationen vorhanden waren. Es ist wichtig, dass man beide Seiten beleuchtet, den Zeitzeugen zuhört und sich Gedanken darüber macht, ob davon etwas auch heutzutage noch in unserer Gesellschaft anwendbar ist. Jeder von uns sollte sich seine eigene Meinung bilden, sei es die Meinung zur Religion, zu einer Partei oder zu einem anderen Menschen. Wir sollten nicht vom Staat oder von anderen Menschen derart beeinflusst werden, dass wir uns letzten Endes gar keine Meinung mehr bilden können, weil wir bereits von Anfang an in eine Richtung gelenkt wurden.

8 Nach der Wende: Auswirkungen und Nachwirkungen bis in die Gegenwart

Während der Teilung Deutschlands hatte sich nicht nur eine geographische und physische Mauer, sondern auch eine virtuelle Mauer in den Köpfen der Menschen gebildet. Durch die verschiedenen Lebensumstände und die jahrzehntelange Trennung, fühlte man sich nicht mehr als ein Volk und ein Land, das eigentlich zusammengehört. Jedes Ereignis der Geschichte hatte bis heute Auswirkungen auf die nachfolgende Zeit oder Epoche. So auch die Teilung Deutschlands in Ost und West. Sogar heute noch, etwa 30 Jahre nach der Wiedervereinigung gibt es oftmals noch deutlich spür- und sichtbare Unterschiede zwischen den „alten“ Bundesländern und den „neuen“ Bundesländern (ehemalige DDR). Bezüglich des Lohnniveaus, der Wirtschaftskraft, der Forschung und der Innovation liegt der Osten immer noch hinter dem Westen.¹⁶⁸ Dabei hatte Helmut Kohl (CDU), damaliger amtierender Bundeskanzler der Bundesrepublik, auf einer Wahlkampfveranstaltung in Thüringen versprochen, dass die neuen Bundesländer in wenigen Jahren zu „blühenden Landschaften“ werden würden. Dass der Prozess der Wiedervereinigung und der Traum einer echten deutschen Einheit eine sehr langwierige Angelegenheit werden würde, war vielen Menschen von vornherein klar. Nach der Euphorie kamen nun die Skepsis und das Misstrauen, ob Deutschland jemals eine richtige Einheit in allen Bereichen der Gesellschaft, der Wirtschaft und der Politik bilden könnte. Nach der Wende zerbrach das komplette Wirtschaftssystem der DDR, viele Menschen verloren ihren Beruf und suchten neue Arbeit im Westen. Obwohl Besserungen zu erkennen sind, ist auch heute noch die Arbeitslosigkeit im Osten höher als im Westen (siehe Abb. 19). Aufgrund der Tatsache, dass Unternehmen häufig ihren Sitz in Westdeutschland (zum Beispiel in Bayern, Baden-Württemberg etc.) haben, gibt es in Ostdeutschland weniger Arbeitsplätze. Dies bedeutet wiederum, dass jüngere Menschen in die benachbarten, ehemals westdeutschen Bundesländer gehen, um dort Arbeit zu finden. Dadurch wird die Bevölkerung im Osten immer älter, es findet ein demographischer Wandel statt. Ein weiteres Phänomen, das aufzeigt, dass der Prozess der Einheit immer noch nicht zu Ende ist, ist die immer noch zum Teil in den

¹⁶⁸ Vgl. Ost und West: Gut zusammengewachsen? in: deutschland.de, 02.10.2018, <https://www.deutschland.de/de/topic/politik/deutsche-einheit-gibt-es-noch-unterschiede-zwischen-ost-und-west> (aufgerufen am 03.11.2021)

Köpfen der Menschen bestehende virtuelle Mauer. Häufig wird auch in unserer heutigen Gesellschaft klassifiziert in „Ossi“ und „Wessi“. Einige Bürgerinnen und Bürger fühlen sich immer noch als Ostdeutsche und Ostdeutscher oder, auf der anderen Seite, als Westdeutsche und Westdeutscher. Doch diese Identität verschwindet langsam und der Großteil der Menschen in Deutschland fühlt sich im Jahre 2020 als Deutsche oder Deutscher (siehe Abb. 20). Positiv fällt hierbei jedoch auf, dass mittlerweile die jüngere Generation in diesem Bereich keine Unterscheidungen mehr macht. Schlussfolgernd kann festgehalten werden, dass die Einheit Deutschlands in den letzten dreißig Jahren durchaus Fortschritte gemacht hat und sich auch der Osten durch Unterstützung, aber auch selbstständig, weiterentwickelt, beziehungsweise wieder zu einer „blühenden Landschaft“ wird. Dieses Ziel ist jedoch noch nicht erreicht und es wird noch einige Jahre dauern, bis es zu einer vollständigen Angleichung gekommen sein wird. Wir müssen uns aber bewusst machen, dass es nie zu spät ist, sich wieder zu vereinen.

Es braucht dabei allerdings viel Wille und vielleicht auch etwas Mut. Denn im Endeffekt sind wir alle ein Volk.

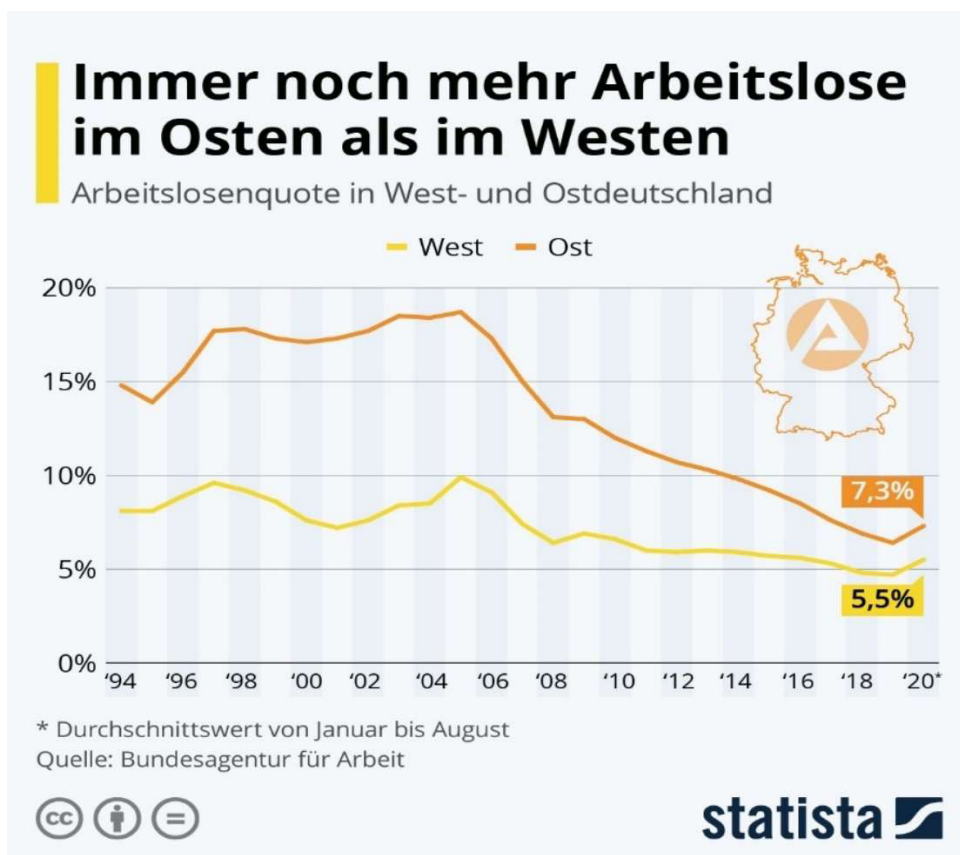


Abb. 19: Statistik zur Arbeitslosenquote in Ost- und Westdeutschland von 1994 bis 2019 (mit Prognose 2020)

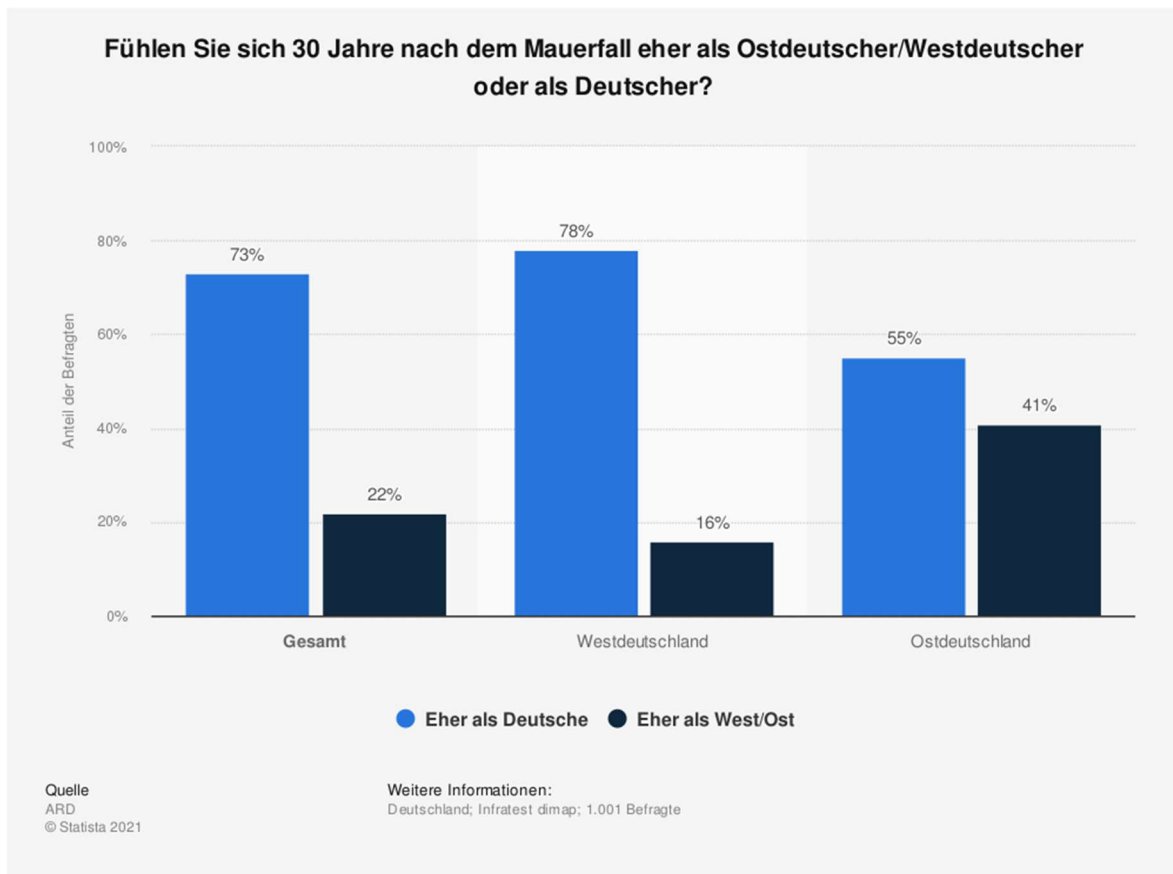


Abb. 20: Umfrage zur ost- beziehungsweise westdeutschen Identität im Jahre 2020

9 Fazit

Über 40 Jahre Militarisation und ständige Präsenz der bewaffneten Organe der DDR hinterließen natürlich Spuren in der Gesellschaft. Am Ende der DDR war etwa jeder fünfte DDR-Bürger und jede fünfte DDR-Bürgerin in einer militärischen oder paramilitärischen Organisation beteiligt. Für einen Staat, der am Ende „nur“ noch 16 Millionen Einwohner hatte, eine durchaus hohe Anzahl. Auch im Bildungssystem, in Schulen, Universitäten und selbst im Kindergarten hinterließ die alltägliche Präsenz des Militärs ihre Spuren. Vom Kindergarten bis ins Berufsleben prägten militärische Aspekte und Inhalte das Lernen der jungen DDR-Bevölkerung. Auf der Seite der Bundeszentrale für politische Bildung steht geschrieben: „Lehrer, Erzieher, Ausbilder, die FDJ und die Gesellschaft für Sport und Technik (GST), sowie andere Institutionen und Organisationen arbeiteten Hand in Hand.“¹⁶⁹ Gesellschaft und Militär waren somit stark miteinander verbunden und diese Verbindung wurde durch Paraden und Veranstaltungen versucht aufrechtzuerhalten. Man könnte auch in einem Satz zusammenfassend sagen, dass das Militär die Gesellschaft war und die Gesellschaft das Militär. Beides konnte ohne die jeweilige andere Seite nicht bestehen. Doch trotz alledem kann ein erstaunender Punkt in der Geschichte der DDR festgestellt werden: die SED schaffte es nicht, die Gesellschaft am Ende so stark zu beeinflussen, ja fast zu manipulieren, sodass der Großteil der Bürgerinnen und Bürger in den Wendejahren 1989 und 1990 ihrem Staat treu blieben und der DDR nicht den Rücken zuehrten. Ganz im Gegenteil. Die bewaffneten Organe, die einst die wichtigsten Stützen der Machtsicherung der SED dargestellt hatten, waren machtlos gegen den Willen der Bevölkerung geworden. Am Ende der DDR hat sich vor allem eines gezeigt: mit Gewalt gewinnt man nicht. Keiner der friedlichen Demonstrierenden im Jahre 1989 wandte in irgendeiner Form Gewalt an, allein der Druck der Masse und die Hartnäckigkeit der Menschen, die mit Demonstrationen für ein freies Leben und für die Wiedervereinigung kämpften, ließen das System zusammenbrechen. Kein bewaffnetes Organ der DDR konnte noch helfen, den seit Jahrzehnten eingesperrten Wunsch nach Freiheit der Menschen zu unterdrücken.

¹⁶⁹ Wenzke, Rüdiger: NVA - Die Nationale Volksarmee der DDR, in: bpb.de, 31.03.2016, <https://www.bpb.de/politik/grundfragen/deutsche-verteidigungspolitik/223787/militaer-der-ddr> (aufgerufen am 03.11.2021)

Denn letztendlich wurde die DDR nicht durch ein militärisch herbeigeführtes Massaker Geschichte, sondern nur durch den Mut, den Willen und den Zusammenhalt der Bürgerinnen und Bürger.

Literaturverzeichnis

Bücher

Diedrich, Torsten/Ehlert, Hans/Wenzke, Rüdiger (Hrsg.): Handbuch der bewaffneten Organe der DDR. Weltbild Verlag, Augsburg 2004

Judt, Matthias (Hrsg.): DDR-Geschichte in Dokumenten. Christoph Links Verlag, Berlin 1998

König, Guntram (Hrsg.): NVA – Die roten Preußen?: Zeitzeugenberichte. Helios Verlag, Aachen 2010

Mählert, Ulrich: Kleine Geschichte der DDR. C.H. Beck, München 2004

Schroeder, Klaus: Die DDR. Geschichte und Strukturen. Philipp Reclam jun. Verlag, Ditzingen 2019

Internetquellen

Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv (Hg.): Spektakuläre Fluchtversuche. Unter: <https://www.stasi-unterlagen-archiv.de/informationen-zur-stasi/themen/beitrag/spektakulaere-fluchtversuche/> (Stand: 02.11.2021)

Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv (Hg.): Transportpolizei. Unter: <https://www.stasi-unterlagen-archiv.de/mfs-lexikon/detail/transportpolizei/> (Stand: 21.10.2021)

Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv (Hg.): Über uns. Unter: <https://www.stasi-unterlagen-archiv.de/ueber-uns/> (Stand: 09.09.2021)

Bundesarchiv – Stasi-Unterlagen-Archiv (Hg.): Was war die Stasi?. Unter: , <https://www.stasi-unterlagen-archiv.de/informationen-zur-stasi/themen/was-war-die-stasi/> (Stand: 08.09.2021)

Bundesregierung (Hg.): Von der SED zur PDS. Unter: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/von-der-sed-zur-pds-353960> (Stand: 03.11.2021)

Bundesstiftung Aufarbeitung (Hg.): Demokratisierung der Deutschen Volkspolizei. Unter: <https://deutsche-einheit-1990.de/ministerien/ministerium-des-innern/dvp/> (Stand: 19.09.2021)

Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur (Hg.): Ursachen, Geschichte und Folgen des Mauerbaus. Unter: <https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/recherche/dossiers/mauerbau-am-13-august-1961/geschichte> (Stand: 02.11.2021)

Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.): Todesopfer | Chronik der Mauer. Unter: <https://www.chronik-der-mauer.de/todesopfer/> (Stand: 02.11.2021)

Deutsch-Deutsches Museum Mödlareuth (Hg.): Geschichte. Unter:
<https://moedlareuth.de/geschichte.html> (Stand: 02.11.2021)

Deutschland.de (Hg.): Ost und West: Gut zusammengewachsen?. Unter:
<https://www.deutschland.de/de/topic/politik/deutsche-einheit-gibt-es-noch-unterschiede-zwischen-ost-und-west> (Stand: 03.11.2021)

Eisenhuth, Stefanie/ Hochmuth, Hanno /Jarausch, Konrad H.: Alles andere als
ausgeforscht. Aktuelle Erweiterungen der DDR-Forschung. Unter
<https://www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/deutschlandarchiv/218370/alles-andere-als-ausgeforscht-aktuelle-erweiterungen-der-ddr-forschung> (Stand:
04.06.2021)

Koßmann, Liane: 1989: „Die Angst hatte die Seiten gewechselt“. Unter:
<https://www.ndr.de/geschichte/chronologie/wende/30-Jahre-Mauerfall-Die-Angst-hatte-die-Seiten-gewechselt,mauerfall632.html> (Stand: 01.11.2021)

Latz, Michael: Zicherie-Böckwitz: Wiedersehen im geteilten Dorf. Unter:
<https://www.ndr.de/geschichte/chronologie/wende/DDR-Grenze-Zicherie-Boeckwitz-Das-geteilte-Dorf,teilung116.html> (Stand: 02.11.2021)

MDR (Hg.): Ost und West gemeinsam stark: Wie aus ostdeutscher PDS und
westdeutscher WASG die Linkspartei entstand. Unter:
<https://www.mdr.de/zeitreise/linkspartei-pds-wasg-vereinigung-die-linke-100.html>
(Stand: 03.11.2021)

NDR (Hg.): NVA: Von der Freiwilligen-Armee zur Gesamtstreitkraft. Unter:
<https://www.ndr.de/geschichte/chronologie/NVA-Die-Geschichte-der-Nationalen-Volksarmee-in-der-DDR,nationalevolksarmee102.html> (Stand: 30.10.2021)

Schöne, Jens: Stasi-Ende. Unter:
<https://www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/deutschlandarchiv/303481/stasi-ende>
(Stand: 09.09.2021)

WELT (Hg.): „Kampfgruppen der Arbeiterklasse“ - Bilder & Fotos. Unter:
<https://www.welt.de/kultur/history/gallery13484544/Kampfgruppen-der-Arbeiterklasse.html> (Stand: 18.10.2021)

Wenzke, Rüdiger: NVA - Die Nationale Volksarmee der DDR. Unter:
<https://www.bpb.de/politik/grundfragen/deutsche-verteidigungspolitik/223787/militaer-der-ddr> (Stand: 03.11.2021)

Wikipedia (Hg.): Freie Deutsche Jugend. Unter:
https://de.wikipedia.org/wiki/Freie_Deutsche_Jugend (Stand: 04.09.2021)

Wikipedia (Hg.): Gesellschaft für Sport und Technik. Unter:
https://de.wikipedia.org/wiki/Gesellschaft_f%C3%BCr_Sport_und_Technik (Stand:
05.06.2021)

Wikipedia (Hg.): Kampfgruppen der Arbeiterklasse. Unter:
https://de.wikipedia.org/wiki/Kampfgruppen_der_Arbeiterklasse (Stand: 19.10.2021)

Wikipedia (Hg.): Ministerium für Staatssicherheit. Unter:
https://de.wikipedia.org/wiki/Ministerium_f%C3%BCr_Staatssicherheit#Gef%C3%A4ngnisse (Stand: 08.09.2021)

Wikipedia (Hg.): Ministerium für Staatssicherheit. Unter:
https://de.wikipedia.org/wiki/Ministerium_f%C3%BCr_Staatssicherheit#Ausr%C3%Bcstung (Stand: 09.09.2021)

Wikipedia (Hg.): Warschauer Pakt. Unter:
https://de.wikipedia.org/wiki/Warschauer_Pakt (Stand: 29.10.2021)

Zeitclicks (Hg.): 1955 Beitritt zum Warschauer Pakt | Zeitstrahl. Unter:
<https://www.zeitclicks.de/top-menu/zeitstrahl/navigation/topnav/jahr/1955/beitritt-zum-warschauer-pakt/> (Stand: 29.10.2021)

Abbildungsverzeichnis

- Abb. 1: Militärparade zum 40. Jahrestag der DDR am 7. Oktober 1989 S. 7
<https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/jubel-und-pruegel-zum-ddr-jubilaeum-353658>, aufgerufen am 04.11.2021
- Abb. 2: Hoheitsabzeichen der VP-Bereitschaften S. 12
<https://de.wikipedia.org/wiki/Volkspolizei-Bereitschaften>, aufgerufen am 04.11.2021
- Abb. 3: Volkspolizisten im Jahre 1989 in Berlin S. 15
https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Volkspolizei_in_Berlin_1989.JPEG, aufgerufen am 04.11.2021
- Abb.4: Fahrzeuge der DVP S. 15
https://de.wikipedia.org/wiki/Deutsche_Volkspolizei#/media/Datei:Polizeifahrzeuge_-_Bereitschaftspolizei_und_Volkspolizei.jpg, aufgerufen am 04.11.2021
- Abb. 5: Die Kampfgruppen der Arbeiterklasse beim Mauerbau 1961 S. 17
<https://www.welt.de/kultur/history/gallery13484544/Kampfgruppen-der-Arbeiterklasse.html> aufgerufen am 04.11.2021, aufgerufen am 04.11.2021
- Abb. 6: Bestenabzeichen Zivilverteidigung S. 21
<https://www.ddr-museum.de/en/objects/1021316>, aufgerufen am 04.11.2021
- Abb. 7: Emblem des MfS S. 24
https://de.wikipedia.org/wiki/Ministerium_f%C3%BCr_Staatssicherheit, aufgerufen am 26.09.2021
- Abb. 8: Luftbildaufnahme der Stasi-Zentrale in der Normannen-Straße in Ost-Berlin S. 24
<https://www.stasi-mediathek.de/medien/luftbildaufnahmen-der-stasi-zentrale/blatt/12/>, aufgerufen 26.09.2021
- Abb. 9: Schaubild Uniformen der Land-, Luft- und Seestreitkräfte der NVA S. 32
<http://www.nva-fahrzeuge.de/images/uni1.jpg>, aufgerufen am 04.11.2021
- Abb. 10: Kampfappell zum 25. Jahrestag der Errichtung der Berliner Mauer S. 32
<https://www.bpb.de/politik/grundfragen/deutsche-verteidigungspolitik/223787/militaer-der-ddr>, aufgerufen am 04.11.2021
- Abb. 11: Grenzverlauf innerdeutsche Grenze S. 36
https://de.m.wikipedia.org/wiki/Datei:Karte_Innerdeutsche_Grenze.png, aufgerufen am 04.11.2021

- Abb. 12: Grenzsoldaten im Einsatz S. 36
https://de.wikipedia.org/wiki/Grenztruppen_der_DDR, aufgerufen am 04.11.2021
- Abb. 13: Wachtürme im heutigen Grenzmuseum Mödlareuth S. 39
 Private Aufnahme Svenja Windisch
- Abb. 14: Leistungsabzeichen Sportschießen in Bronze S. 42
https://de.wikipedia.org/wiki/Leistungsabzeichen_der_GST, aufgerufen am
 07.06.2021
- Abb. 15: Werbe- und Infomaterial S. 42
<https://www.ddr-museum.de/en/objects/1011942>, aufgerufen am 07.06.2021
- Abb. 16: Mitgliedsbuch GST (original) S. 43
 Privatscan Vater der Autorin
- Abb. 17: Mitgliedskarte/-ausweis Jungpioniere (original) S. 45
 Privatscan Vater der Autorin
- Abb. 18: FDJ-Aufmarsch am 1. Mai 1973 in Ost-Berlin S. 45
<https://www.tagesschau.de/inland/realexistierenderkonvertit100.html>, aufgerufen am
 05.09.2021
- Abb. 19: Statistik zur Arbeitslosenquote in Ost- und Westdeutschland von 1994 bis
 2019 (mit Prognose 2020) S. 57
<https://de.statista.com/infografik/19504/arbeitslosenquote-in-west--und-ostdeutschland/>, aufgerufen am 04.11.2021
- Abb. 20: Umfrage zur ost- beziehungsweise westdeutschen Identität im Jahre 2020 S. 58
<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1069325/umfrage/deutsche-identitaet/>,
 aufgerufen am 04.11.2021

Anhang

Foto Deckblatt (bearbeitet):



Quelle: <https://www.flickr.com/photos/realityscans/27630626534>, aufgerufen am 09.10.2021

Interview (als Einzelexemplar gebunden): geführt am 12.08.2021

Hiermit erkläre ich, dass ich die vorliegende Seminararbeit selbstständig und ohne fremde Hilfe verfasst und keine anderen als die im Literaturverzeichnis angeführten Quellen und Hilfsmittel verwendet habe.

Insbesondere versichere ich, dass alle Stellen der Hausarbeit, die anderen Quellen im Wortlaut oder dem Sinn nach entnommen sind, durch Angabe der Herkunft kenntlich gemacht wurden. Dies gilt auch für Zeichnungen, Skizzen, bildliche Darstellungen sowie Quellen aus dem Internet.

Mir ist bekannt, dass die vorliegende Arbeit mit 0 Punkten bewertet werden kann, wenn gegen diese Grundsätze verstoßen wurde, und dass in diesem Fall eine Zulassung zum Abitur nicht möglich ist.

Lauingen, den

(Datum)

.....

(Unterschrift der Schülerin / des Schülers)